83. Mittwoch den 10. April 1861. 83.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 10. April. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Geheimen Registrator, Kanzleirath Eduard Wegener zu Berlin den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, dem Domänen-Rentbeamten, Domänenrath August Rieck zu Marienburg, dem Königlich bayerschen Ober-Lieutenant Emil Wahl des Genie-Regiments (zur Zeit in München kommandirt) und dem Fürstlich schwarzburg-sondershausenschen Bezirks-Physikus, Sanitätsrath Dr. Wahl zu Greussen den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, so wie dem Magazin-Aufseher a. D. Reinicke zu Weissenfels das Allgemeine Ehrenzeichen; ferner dem Kreis-Physikus Dr. Heydloff zu Erfurt den Charakter als Sanitätsrath; und den Ober-Postkassen-Rendanten von Masars in Berlin und Balcke in Stettin den Charakter als Rechnungs-Rath zu verleihen; endlich dem General der Infanterie Fürsten Radziwill, Chef des Ingenieur-Korps und der Pioniere und ersten General-Inspekteur der Festungen, die Erlaubniß zur Anlegung des von des Königs der Belgier Majestät ihm verliehenen Großkreuzes des Leopold-Ordens zu ertheilen.

Dem Dirigenten des städtischen Orchesters in Aachen, Franz Wüllner, ist das Prädikat „Musikdirektor" verliehen worden.

Der Kreisgerichts-Rath Stern in Labiau ist zum Rechtsanwalt bei dem dortigen Kreisgericht und zugleich zum Notar im Departement des ostpreußischen Tribunals zu Königsberg, unter Anweisung seines Wohnsitzes in Labiau, und mit der Bestimmung ernannt worden, daß er statt seines bisherigen Amts-Charakters fortan den Titel „Justizrath" zu führen hat.

Der Rechtsanwalt und Notar Riedt zu Labiau ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Roessel, mit Anweisung seines Wohnsitzes daselbst, versetzt worden.

Das 12. Stück der Gesetzsammlung, welches heute ausgegeben wird, enthält unter Nr. 5343 das Gesetz wegen Abänderung mehrerer Vorschriften über die preußische Postportotaxe, vom 21. März 1861; unter Nr. 5344 den Allerhöchsten Erlaß vom 4. März 1861, betr. die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung einer Chaussee von der Posener Kreisgrenze bei Chladowo bis zur Warthebrücke bei Obornik; unter Nr. 5345 das Statut für den Verband der Wiesenbesitzer im Nuhnethale der Steuergemeinde Hallenberg des Kreises Brilon, vom 18. März 1861; und unter Nr. 5346 die Bekanntmachung des Allerhöchsten Erlasses vom 18. März 1861, die Genehmigung der Errichtung einer in Mechernich, im Regierungsbezirk Aachen, domizilirten Aktiengesellschaft unter der Benennung „Mechernicher Bergwerks-Aktien-Verein" und Bestätigung ihres Statuts betreffend, vom 27. März 1861.

Berlin, den 8. April 1861.

Debitskomptoir der Gesetzsammlung.

Telegramme der Posener Zeitung.

Itzehoe, Dienstag 9. April. In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung hat die Schlußverhandlung über die Ausschußanträge von gestern und über die Anträge vom 18. März stattgehabt. In geheimer Sitzung sind sämmtliche Ausschußanträge einstimmig angenommen worden.

Die gestern unseren Lesern durch ein Extrablatt mitgetheilten Nachrichten über die Vorgänge in Warschau werden heute durch folgendes Telegramm ergänzt:

Von der polnischen Grenze, Dienstag 9. April. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Warschau hat gestern Abend 7 Uhr eine Demonstration vor dem Palais des Gouverneurs stattgefunden. Die Truppen suchten das Volk durch Anwendung des Säbels und des Bayonnetts zu zerstreuen. Als Widerstand geleistet wurde, gaben die Truppen Feuer. Die Zahl der Verwundeten ist noch unbekannt; es sollen mehr als hundert (?) Todte auf dem Platze geblieben sein. Sämmtliche Truppen wurden allarmirt und bei Abgang der Nachricht war Warschau vollständig mit Truppen besetzt. Eine große Anzahl der Einwohner hat sich in die Kirchen geflüchtet. Man wollte wissen, die Regierung habe dem Grafen Zamoyski einen Wink gegeben, Warschau zu verlassen, um ihn von Agitationen zu entfernen. Graf Zamoyski hat nicht Folge geleistet; man befürchtet seine Entfernung nach Rußland. (Ausführlicheres s. unter Warschau.)

(Eingeg. 10. April 8 Uhr Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. ☾ Berlin, 9. April. [Vom Hofe; Tagesnachrichten.] Nachdem gestern Abend die Minister im Gebäude des Staatsministeriums zu einer dreistündigen Konferenz versammelt gewesen waren, fand heute Vormittags im königlichen Palais eine Konseilssitzung statt, die von 9–12½ Uhr dauerte und welcher auch der Kronprinz beiwohnte. Wie verlautet, soll über wichtige Sachen verhandelt worden sein. — Nach beendigter Konseilssitzung ließ sich der König noch von dem Polizeipräsidenten v. Zedlitz, dem Direktor im Hausministerium, Geheimrath v. Obstfelder und den General-Adjutanten v. Manteuffel und v. Alvensleben Vorträge halten, fuhr darauf spaziren und dinirte bei seiner Rückkehr zur Stadt im kronprinzlichen Palais. Die sämmtlichen Mitglieder der königlichen Familie waren heute Mittag zum Besuch im Schlosse Sanssouci und kehrten Nachmittags 3 Uhr von dort hierher zurück. Die Königin Amalie von Sachsen will bis Sonnabend auf Schloß Sanssouci verweilen und dann die Rückreise nach Dresden antreten. Morgen kommt die Großherzogin-Mutter von Mecklenburg-Schwerin zum Besuch hier an und wird wegen der Anwesenheit der Königin von Sachsen im Schlosse Sanssouci zunächst im hiesigen Schlosse Wohnung nehmen. — Die Kronprinzessin von Württemberg, Großfürstin Olga von Rußland, trifft morgen Abend von Petersburg hier ein und wird einige Tage hier verweilen, bevor sie ihre Rückreise nach Stuttgart fortsetzt. — Auch der Prinz Albrecht hat seine Rückkehr von der Villa Albrechtsberg für morgen angemeldet. Die Prinzen Ludwig und Heinrich von Hessen sind von Darmstadt, wo sie etwa 14 Tage zum Besuche bei ihren Eltern verweilten, heute wieder hier eingetroffen und machten, bevor sie sich über Potsdam zu ihrem Regiment begeben, zunächst ihrem Onkel, dem Prinzen Adalbert, einen längeren Besuch. — Der Minister von Schleinitz hatte heute längere Unterredungen mit den Gesandten Oestreichs und Rußlands und empfing alsdann unseren Bundestagsgesandten v. Usedom, welcher vor dem Osterfeste an der Grippe erkrankte, jetzt aber schon völlig wiederhergestellt ist. In den diplomatischen Kreisen zeigt sich wieder einmal eine sehr große Rührigkeit. Die Gesandten kommen häufig zu Besprechungen zusammen und die Vertreter der Großmächte gehen fast täglich in das auswärtige Amt.

Die Mitglieder des Herrenhauses stellen sich schon langsam wieder ein und namentlich sind die bereits auf dem Platze, auf welche die Regierung bei einigen bevorstehenden Fragen glaubt zählen zu können. Der Herzog von Ratibor ist auch mit seiner Gemahlin vom Schlosse Rauden wieder hier eingetroffen und wird Berlin nun erst am Schlusse der Session wieder verlassen. — Die Kommission zur Besserung entlassener Strafgefangenen war heute Abend, unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten des Kammergerichts, Büchlemann, zu einer Konferenz versammelt. In derselben wurde von den Mitgliedern der Kommission über die ihrer Aufsicht anvertrauten Sträflinge Bericht erstattet. In vielen Fällen lautete dieser recht günstig; es waren aber auch wieder Sträflinge rückfällig geworden und zur Haft gebracht. Beschlossen wurde, einen Frauenverein zur Besserung entlassener weiblicher Strafgefangenen zu bilden, da sich hierzu eine Anzahl von Damen bereit erklärt haben. Heute über 8 Tage soll die Konstituirung dieses neuen Vereins, unter dem Vorsitz des Predigers Busse, erfolgen. Dieser Frauenverein wird gewiß sehr segensreich wirken, wenn er sich namentlich der jungen Mädchen annimmt, die aus der Haft entlassen werden. — In der Strafanstalt zu Moabit sind gegenwärtig 430 Verbrecher in der Zellenhaft und 210 in der allgemeinen Haft. Die Bewohner der Zellen sind natürlich die schweren Verbrecher. — Der Direktor Ihrer städtischen Realschule, Dr. Brennecke, hält sich gegenwärtig hier auf. Wie ich höre, gilt seine Anwesenheit dem Bau des neuen Realschulgebäudes. Dr. Brennecke hat bereits das Gebäude der königlichen Realschule in der Kochstraße in Augenschein genommen.

— [Russisches Rundschreiben über die polnischen Verhältnisse.] Wie schon telegraphisch erwähnt, hat die russische Regierung an ihre Gesandtschaften im Auslande ein Rundschreiben über die den Polen gewährten Zugeständnisse gerichtet. Dasselbe wird im „Journal de Petersbourg" veröffentlicht und lautet:

Petersburg, 20. März (1. April) 1861. Das Handschreiben Sr. Maj. des Kaisers an Seinen Statthalter im Königreich Polen hat Sie mit dem Urtheil bekannt gemacht, welches unser erhabener Herr über die letzten Ereignisse in Warschau gefällt hat. In dem Bewußtsein Seiner Kraft und Seiner Liebe für Seine Unterthanen hat Seine kaiserliche Majestät da nur eine Uebereilung sehen wollen, wo gegenüber dem Straßentumult eine strengere Beurtheilung wohl verdient gewesen wäre. Veranlassung zu dieser Uebereilung bot in hohem Maße die Art und Weise, wie man die Repressiv-Maaßregeln, zu welchen die Behörde die Macht und das Recht hatte, anwandte, um der Aufregung Zeit zur Beruhigung zu lassen. Aber Se. Maj. der Kaiser wollte Seine Nachsicht nicht auf diese Grenze beschränken. Der feierliche Akt der Emanzipation, eingeleitet durch das Manifest vom 19. Februar, bezeugt die hohe Fürsorge, welche unser erhabener Herr dem Wohl der Völker weiht, welche die Vorsehung Ihm anvertraut hat. Rußland und Europa haben darin den Beweis gesehen, daß, weit entfernt die von dem Fortschritt der Ideen und Interessen verlangten Reformen zu umgehen oder zu vertagen, Se. kaiserl. Majestät die Initiative zu denselben ergreift und sie mit Ausdauer verfolgt. Unser erhabener Herr dehnt dieselbe Fürsorge auf Seine Unterthanen im Königreich Polen aus, und hat nicht gewollt, daß ein übler Eindruck den Lauf Seiner wohlwollenden Absichten aufhalte. Der Ukas, von welchem Sie ein Exemplar erhalten, wird Sie in den Stand setzen, die Tragweite der Institutionen zu erkennen, welche der Wille des Kaisers so eben in Polen eingeführt hat. Die erste derselben besteht in dem Staatsrath, in welchem das eingeborene Element in weiter Ausdehnung zugelassen ist durch Hinzufügung von Notabeln, welche sich außerhalb der offiziellen Hierarchie befinden, oder mit Wahlämtern bekleidet sind. Sie giebt dem Lande die Mittel, bei der Verwaltung der Angelegenheiten nach Maaßgabe seiner Interessen mitzuwirken. Die Schöpfung der Gouvernements-, Kreis- und Stadträthe auf Grundlage des Wahlprinzips sichert den Lokalinteressen die Möglichkeit der Selbstverwaltung zu. Endlich sind die geistlichen Angelegenheiten und der öffentliche Unterricht einer besonderen Verwaltungskommission anvertraut, welche in Zukunft von der Kommission für die inneren Angelegenheiten getrennt ist. Sie wird sich in den Stand gesetzt finden, der Regierung die nöthigen Maaßregeln zur Entwickelung der öffentlichen Erziehung vorzulegen. Durch diese verschiedenen Institutionen erhalten die materiellen und moralischen Interessen des Landes neue Garantien, seinen Wünschen und Bedürfnissen ist ein gesetzlicher Ausdruck gesichert und endlich für die Verbesserungen Raum gelassen, welche die Erfahrung fordern könnte, deren Andeutungen innerhalb der Grenzen des Möglichen und Gerechten stets berücksichtigt werden sollen. Die praktischen Ergebnisse dieser Maaßnahmen hängen ab von der Art und Weise, wie die Unterthanen des Kaisers im Königreich das Vertrauen rechtfertigen werden, von dem Se. Majestät ihnen den Beweis giebt. Se. Majestät will, daß das, was er bewilligt, eine Wahrheit sei. Se. Majestät glaubt eine Pflicht gewissenhafter Fürsorge erfüllt zu haben, indem er dem Königreich Polen einen Weg regelmäßigen Fortschritts eröffnete. Sein lebhaftester Wunsch ist, zu sehen, daß es sich auf demselben erhalte und glücklich sei. Er hat das feste Vertrauen, daß dies Resultat erreicht wird, wenn seine Absichten von der Weisheit des Landes beurtheilt und unterstützt werden. Empfangen Sie u. s. w. Gortschakoff.

Königsberg, 7. April. [Zurückweisung der Juden als Universitätslehrer.] Nach Monaten endlich ist von dem ferneren Verlauf der Frage über die Fortdauer des Ausschlusses aller Nichtprotestanten als Lehrer unserer Universität, weitere Mittheilungen zu machen. Das von dem hiesigen praktischen Arzte Dr. Samuel bei der medizinischen Fakultät eingereichte Gesuch um Habilitation für das Fach der allgemeinen und experimentellen Pathologie war von dieser Fakultät einstimmig befürwortet und derselbe, der sich zur jüdischen Religion bekennt, dem Kuratorium als Dozent präsentirt worden. Nach fast 10 Wochen hat der Kurator (Oberpräsident Eichmann) diese Habilitation im Hinblick auf den Passus der Universitätsstatuten von 1843, der „der ursprünglichen Stiftung 1546 gemäß nur Lehrer evangelischer Konfession zuzulassen" gebietet, für unzulässig erklärt. Dieser Passus soll demnach immer noch zu Recht bestehen, trotzdem im Januar 1848 nach einer auf Eichhorns Anordnung stattgefundenen Berathung das concilium generale der Universität denselben als aufgehoben betrachtet sehen wollte; trotzdem ein ministerieller Erlaß vom Juli 1848 mit Rücksicht auf die von des Königs Majestät wegen Unabhängigkeit der staatsbürgerlichen Rechte von dem religiösen Bekenntnisse ertheilten Zusicherungen, Juden als zulassungsberechtigt zu allen Lehrämtern an den Landesuniversitäten anerkannte, die nicht nothwendig christliches Bekenntniß voraussetzen; trotzdem noch speziell hier die Habilitation des Predigers der jüdischen Gemeinde, Dr. Saalschütz, als Privatdozenten, (jetzt mit dem Titel Professor) vom Ministerium genehmigt worden ist. Die königliche Bestätigung, die in der allgemeinen Landesgesetzgebung für die Beschlüsse der Universität gefunden wurde, soll nicht durch diese, nicht durch die Verfassung, sondern nur durch direkte königliche Verordnung gegeben werden können. Mit diesem Bescheide ist selbstverständlich die Sache nicht abgethan. Um den Rechtsdeduktionen verschiedener Zeiten gegenüber ihren eigenen Beschluß zur Geltung zu bringen, wird es wohl die Universität als den einfachsten und ihrer würdigsten Weg ansehen, daß das concilium generale bei Sr. Majestät dem König die definitive Aufhebung jener Bestimmung beantragt. (N. Z.)

Ratibor, 8. April. [Typhus; Gerichtliches.] Wie ein Schreckensruf hat sich hier plötzlich die Nachricht verbreitet, daß der Typhus in einigen Ortschaften unseres Kreises ausgebrochen ist und leider hat sich diese Hiobspost bestätigt. In den Ortschaften Budzisk und Adamowitz sind plötzlich gegen 30 Personen von dieser Krankheit befallen worden und obwohl sofort alle Maaßregeln zur Verhinderung der Weiterverbreitung getroffen worden, meldet man neue Erkrankungsfälle. In dem ersteren, an der Oder gelegenen Orte besonders ist der Entstehungsgrund der Krankheit außer dem Mangel an kräftigen Nahrungsmitteln in den ungesunden, feuchten und unzureichenden Wohnungen zu suchen, deren eine oft für mehrere Familien und deren Viehbestand derselben einen Raum darbieten muß. Noch hat die Epidemie nicht jenen bösartigen Charakter erreicht, den sie während der Hungerjahre gehabt hat, und daran knüpfen sich die Hoffnungen der Aerzte auf ein baldiges Erlöschen derselben. — Gegen das, den Pfarrer N. zu Throem wegen Unterlassung des Trauergeläutes für des verstorbenen Königs Majestät, freisprechende Erkenntniß ist von Seiten der Polizeianwaltschaft der Rekurs eingelegt worden. In diesen Tagen wurde die Sache vor dem Kriminalsenat des hiesigen Appellationsgerichts verhandelt und unter Abänderung des ersten Erkenntnisses ist der Pfarrer N. zu einer Geldbuße von 10 Thlrn. verurtheilt worden. Auch die wegen derselben Uebertretung gegen die Pfarrer zu Krzizanowitz und Pyschoz erhobenen Anklagen kamen in verflossener Woche zur Verhandlung. Beide Angeklagten wurden freigesprochen, da sie den Nachweis führten, daß ihnen die betreffende Ordre zu spät zugestellt worden ist. (Br. Z.)

Oestreich. Wien, 8. April. [Die ersten Landtage der östreichischen Provinzen] sind vorgestern eröffnet worden. Sehen wir von dem ungarischen Landtage ab, so war in allen übrigen der Vorgang ein gleichmäßiger. Der Vertreter der Regierung begrüßte die Versammlung, führte den Landmarschall ein, und dieser eröffnete die Sitzung mit einem Hinweis auf den Ernst der Zeit und die erhöhte Pflicht einmüthigen Zusammenwirkens, woran sich ein Hoch auf den Kaiser schloß. In den meisten Landtagen folgte darauf der Antrag, eine Dankadresse an den Kaiser für die verliehene Verfassung zu richten und die Wahlprüfungen zu beginnen. Ueberall wurden Komité's zur Vorberathung niedergesetzt, und so erhielt die erste Sitzung im Allgemeinen nur eine formelle Bedeutung. Indessen fehlte es nicht an beachtenswerthen Einzelheiten, die schon in den vorliegenden telegraphischen Anzeigen über die Landtagseröffnungen hervortreten und bereits mannichfache Abweichungen in der Haltung und Stellung der verschiedenen Landtage unter einander erkennen lassen. Während der niederöstreichische Landtag in der ihm proponirten Adresse nachdrücklich den konstitutionellen Einheitsstaat betont und darin mit dem Kärnthner, Krainer und Tiroler Landtage harmonirt, und der Salzburger Landtag mit rühmenswerther Entschiedenheit sich als solidarisch mit den Brüdern in Deutschland erklärt, fehlt nicht nur im mährischen, sondern auch im schlesischen und oberöstreichischen Landtage jede ähnliche Andeutung. Wie geringe politische Bedeutung man aber auch diesem Mangel beimessen mag, so wird man doch die Demonstration auf dem böhmischen Landtag nicht unterschätzen, wo der Statthalter selber, ein geborner Ungar, die erste Ansprache in böhmischer Sprache hielt und der Landmarschall seine Unkenntniß des böhmischen Idioms entschuldigte. Es scheint, daß im Landtag zu Prag in zwei Sprachen verhandelt werden soll, und die Deutschen werden, wie wir hören, dort von keiner in czechischer Sprache gehaltenen Rede Notiz nehmen, nämlich weder die Verdolmetschung verlangen, noch auf czechisch Gesprochenes antworten. Sonst ist auch noch bemerkenswerth, daß auf dem Tiroler Landtage die Wälschtiroler fehlen. Was den ungarischen Landtag betrifft, so ist das bezeichnendste Symptom wohl dies, daß die in der überaus versöhnlich gefaßten Thronrede enthaltene Stelle über die Februarverfassung mit Zeichen des Mißfallens aufgenommen wurde. Dem gegenüber gaben die Landtage der deutschen Provinzen der Anhänglichkeit an die Gesammtverfassung Ausdruck, und das ist vorauszusehen, daß die landtäglichen Adreßdebatten sich zu einer Polemik der Nationalitäten herausbilden werden, die am besten erst im Reichsrathe geführt worden wäre.

— [Tagesnotizen.] In Triest wurden vorgestern von dem dortigen Militärgarnisonsgerichte die Urtheile über 15 Per-

sonen des Zivilstandes wegen der Verbrechen wider die Kriegsmacht des Staates durch Falschwerbung und Hochverrath publizirt. Das höchste Strafausmaaß lautete auf 10 Jahre schweren Kerkers; sämmtliche Strafen wurden jedoch vom Feldzeugmeister Benedek bedeutend gemildert. — In der Nähe von Czegeld in Ungarn wurde kürzlich auf der Eisenbahn ein Güterzug von Räubern angefallen. Durch falsche Nothsignale veranlaßten sie den Zug zum Anhalten, schwangen sich dann auf die Waggons und erzwangen von dem Zugspersonale die Auslieferung mehrerer Gegenstände. — Aus Dalmatien ist die wichtige Nachricht eingegangen, daß die Gemeinde von Spizza, wo die Garibaldianer landen sollten, sich dem Fürsten von Montenegro unterworfen habe. Die Bedeutung dieser Thatsache leuchtet von selbst ein. Das Territorium von Spizza bildet die Brücke zwischen Montenegro und dem Adriatischen Meere; bisher haben die Spizzaner stets mit den Montenegrinern in Hader gelebt. — Das zur Blokade von Antivari bestimmte türkische Geschwader ist am 5. d. dort angekommen. — Nach Staffettenbericht von Mostar vom 4. April hatten am 2. ds. die Aufständischen von Zubzi einen Angriff auf Poglizza (an der Straße von Slano nach Ragusa), vier Stunden von Trebigne, gemacht und waren nach vierstündigem Kampfe zurückgeschlagen worden. Wenige Todte und Verwundete. Muschir Ismail Pascha, Präsident der Kommission, war krank in Mostar angekommen.

Wien, 9. April. [Landtag.] In der gestrigen Sitzung des Landtags wurde nach lebhafter Debatte über den Antrag Mühlfelds und Genossen, so wie über den von dem Adreßkomité entworfenen Adreßentwurf, ein von Pillersdorf, Kuranda und Mühlfeld vereinbarter Adreßentwurf mit allen gegen eine Stimme angenommen. Die nächste Sitzung findet am Mittwoch statt. — Im Linzer Landtage wurde eine Loyalitätsadresse an den Kaiser und eine Vertrauensadresse an das Ministerium durch Akklamation angenommen.

Pesth, 6. April. [Landtag.] Bei der Ofener Eröffnungsfeier waren die Magnaten zahlreich vertreten, von den Deputirten etwa 50 anwesend. Apponyi's Eröffnungsrede konstatirte die Abdankung Ferdinands, Franz Karls und die Thronbesteigung Franz Josephs; es sei der aufrichtige Wunsch des Kaisers, Ungarns Rechte zu erhalten. Das Februarpatent wurde nicht ausdrücklich erwähnt, wohl aber in einer Umschreibung. In der Sitzung der Magnatentafel übernahm Graf Esterhazy das Alterspräsidium, feierte unter allgemeiner Rührung das Andenken Batthyany's und stellte den Patriotismus dieses Märtyrers zum Muster auf. Hierauf erfolgte die Konstituirung des Hauses, die Verlesung des Ernennungsdekretes des Grafen Apponyi zum Präsidenten und des Grafen Majlath zum Vizepräsidenten. Graf Karl Zichy beantragte einen Protest gegen diese Ernennung, die der Kontrasignirung eines ungarischen Ministers entbehrt, und verlangt unter großer Zustimmung ein ungarisches Ministerium. Nach längerer Debattte wurde kein spezieller Protest beschlossen, sondern nur die betreffende Verhandlung im Protokoll aufgenommen.

Hannover, 8. April. [Politische Versammlung.] Die von Hrn. v. Bennigsen auf heute berufene politische Versammlung (s. Tel. in der gestr. Z.) hatte Mitglieder aus allen Landestheilen, mindestens 300, und darunter viele Abgeordnete zur Zweiten Kammer. Herr v. Bennigsen leitete sie mit einem Vortrage über die Lage des hannoverschen Landes ein, der in gehaltener Rede keine Beschwerde verschwieg, von Ministern sprach, zu denen das Land kein Vertrauen hege und eine ausführliche Adresse an den König begründen sollte, welche die Leiden des Landes vorträgt, den Druck schildert, den dieser Zustand auf die Opferfreudigkeit in gefahrvoller Zeit übt und mit der Bitte schließt, daß der König das heutige Verwaltungssystem beseitigen und das alte Verfassungsrecht des Landes herstellen wolle. Die Versammlung trat einstimmig bei und erwählte eine Deputation von sieben Vertretern der sieben Provinzen, um die Adresse dem Könige zu überreichen. Die Verhandlung über die deutsche Frage führte zu der Resolution, daß die Errichtung einer Zentralgewalt für mindestens die militärischen und ausländischen Angelegenheiten Deutschlands und eines deutschen Parlaments dringendes Bedürfniß, und daß dies Bedürfniß rasch und befriedigend nur durch die Uebertragung der Gewalt auf Preußen zu erfüllen sei. Die Resolution für Schleswig-Holstein will von dem Rechte Deutschlands nichts aufgeben und wenn es darüber auch zum Kriege kommen muß; sie setzt hinzu, daß sie schleunige Herstellung von Kanonenböten und zwar durch Vereinigung der Nordstaaten für dringend wünschenswerth hält. Die Resolution für Kurhessen stimmt in die Erklärungen deutscher Ständeversammlungen ein und hofft auf Heilung dieser schweren Wunde deutschen Rechts durch Herstellung der Verfassung von 1831. Die letzte Verhandlung über die Stellung der Presse zur Verwaltung mußte nothwendig fast ganz lokal werden, da Hannover nur noch allein die völlige Unterordnung der Presse unter die Verwaltung aufrecht erhält. Von allen Seiten wurde der Zustand als viel schlimmer, denn der der früheren Zensur geschildert; aus der Wirksamkeit des ministeriellen Preßbüreaus wurden Thatsachen berichtet und der Beweis geführt, daß es die gesammte Presse der Provinz zu Grunde gerichtet habe; dann gedachte Redner der Verfolgungen auswärtiger Blätter und der Ausdruck, daß wir uns in einem wahrhaft erbarmungswürdigen Zustande befänden, scheint es zu sein, der einen dort zur Ueberwachung anwesenden Beamten veranlaßte, zu warnen und unmittelbar darauf, nachdem noch das Wort gefallen war, daß eine gleiche Verfolgung hier am Orte hoffentlich nicht geübt werden solle, die Versammlung aufzulösen. Sie war ohnehin fertig und brachte auf Bennigsens Anregung nur noch ein jubelndes Hoch auf die segensreiche Entwickelung Deutschlands. (Pr. Z.)

Baden. Karlsruhe, 7. April. [Die neue evangelische Kirchenordnung], welche, wie die „Freiburger Ztg." mittheilt, der im Mai oder Juni zusammentretenden Generalsynode vorgelegt wird und die Eigenschaft eines Verfassungsgesetzes erhalten soll, enthält mehrere neue Bestimmungen, welche insbesondere eine wesentliche Erweiterung der den Gemeinden zustehenden Rechte bezwecken. Analog den entsprechenden Bestimmungen der bürgerlichen Gemeindeordnung erhalten dieselben das Wahlrecht der Kirchengemeinderäthe, deren Amtsdauer eine beschränkte und nicht mehr eine lebenslängliche sein soll. Sie werden ferner bezüglich des kirchlichen Vermögens selbständiger gestellt und soll ihnen ein gebührender Einfluß bei Besetzung der Pfarrstellen eingeräumt werden. Die einzelnen Gemeinden einer Diözese bilden die Diözesangemeinde; die Diözesansynode, bestehend aus einer gleichen Anzahl weltlicher und geistlicher Mitglieder, wählt den Dekan, dessen Amtsdauer eine beschränkte ist und neben welchem ein Diözesanausschuß besteht. In analoger Weise besteht neben dem Oberkirchenrath ein General-Synodalausschuß. Auch die Generalsynode zählt eben so viel weltliche wie geistliche Mitglieder, und bleibt die Wählbarkeit in die Wahlausschüsse nicht ferner auf solche Personen beschränkt, die Mitglieder von Kirchengemeinderäthen sind oder waren.

Kehl, 7. April. [Eröffnung der Rheinbrücke.] Gestern fand die Einweihung der Rheinbrücke statt. Alles war reich geziert, am Bahnhofe, an höchster Stelle, alle anderen Flaggen hoch überragend, flatterte eine deutsche Fahne von riesigen Dimensionen. Anwesend waren der Präsident des großherzoglichen Handelsministeriums Geh. Rath Weizel und zahlreiche Fahrgäste aus Karlsruhe, Minister Dalwigk aus Darmstadt, Präsident Pommer-Esche aus Köln, sowie Vertreter sämmtlicher Eisenbahnen aus München, Wien, Berlin ꝛc.; französischerseits Mitglieder des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten, des Verwaltungsraths der Ostbahn ꝛc.

Hessen. Mainz, 8. April. [Gegen das Konkordat.] Sechshundert meist der katholischen Konfession angehörende Bürger aus dem Stande der Kaufleute, Gelehrten und Handwerker haben an den Großherzog eine Petition gegen das Konkordat abgesandt.

Holstein. Rendsburg, 7. April. [Räumung des Arsenals.] Man scheint es dänischer Seits nunmehr ganz aufgegeben zu haben, Rendsburg als Waffenplatz für den erwarteten Kriegsfall anzusehen. Seit dem 2. d. hat man angefangen, das hiesige Arsenal zu räumen. Wie es heißt, wird alles Material einstweilen nach der Insel Alsen gebracht werden. Bekanntlich hatte man schon vor einiger Zeit denselben Plan, schien sich jedoch eines andern besonnen zu haben, da man die bereits in Ausführung begriffene Räumung des Arsenals damals wieder sistirte. — Auch Geldsendungen sind wieder von der hiesigen holsteinischen Zentralkasse nach dem Norden (vorläufig wohl nach Flensburg) abgegangen.

Schleswig. Tönning, 2. April. [Marinerüstungen.] Am Ostermontage langten hier vier Kanonenböte, von Rendsburg kommend, an, welchen gestern acht Kanonenjollen, so wie ein Transportschiff folgten. Sämmtliche Fahrzeuge sind hier in den Hafen geholt. Die Kanonen der Fahrzeuge sollen sich auf dem Transportschiffe befinden, um die kleinen Schiffe für den Transport über die Ostsee etwas leichter zu machen. Man ist jetzt damit beschäftigt, Einrichtungen zum Heben der Kanonen aus dem Transportschiffe auf die Böte zu machen. So weit verlautet, werden die Böte bis weiter hier verbleiben. Proviant sollen sie für 3 Monate mitgebracht haben. (N. C.)

Großbritannien und Irland.

London, 7. April. [Der deutsch-dänische Konflikt.] „Saturday Review" schildert in einem Artikel über den deutsch-dänischen Konflikt in kurzer, aber eindringlicher Weise den von dänischer Seite in Schleswig geübten Sprachzwang, hebt hervor, daß alle höheren Klassen in Schleswig, Geistliche, Beamte und Gutsbesitzer, seit unvordenklicher Zeit fast ausschließlich aus Deutschen bestanden, und sagt dann:

Wenn England sich in Deutschlands Lage befände, mit einer Außenbevölkerung auf der anderen Seite eines kleinen Flusses, und ein fremder Herrscher die Rechte des englischen Volksbruchtheils antasten wollte, so hätte England binnen einer Woche Krieg erklärt. Glücklicherweise erkennt kein englischredendes Dorf in der Welt die Oberhoheit einer fremdländischen Regierung an. Wenn aber ein französischer Präfekt die englische Sprache auf der Insel Wight verdrängte, dann würden die Engländer etwas leichter das Gefühl begreifen, womit der Deutsche die gezwungene Annahme des Dänischen in den Städten und Landschaften Schleswigs betrachtet. Es ist auch ganz und gar nicht unnatürlich, daß die Deutschen sehnende Blicke auf die Kieler Rhede werfen. An den Gestaden des ganzen Fjord ist die Bevölkerung in Stamm und Empfindung deutsch; und obgleich die dänische Krone dies Gebiet auf Grund von Gesetzen und Verträgen besitzt, so hat sie in mehreren Fällen die Bedingungen gebrochen, unter denen Schleswig ihr als gesonderte Provinz gehört. Es ist nicht nöthig, daß die englische Regierung Preußen zu einer Politik aufmuntere, die, ob an sich recht oder unrecht, dem europäischen Frieden sonder Zweifel Gefahr droht. Wenn sich aber Fremde einmal am Streit betheiligen sollen, so dürften sie jedenfalls vorher untersuchen, ob denn Deutschlands Verhalten so ganz ungerechtfertigt ist, und sich erinnern, daß die schleswigschen Stände mit den einstimmigen Ansichten Holsteins ganz übereinstimmen. Preußen und Deutschland erkennen sehr gut die Gefahr für den Rhein und haben wahrscheinlich den Entschluß gefaßt, es lieber auf das Waguiß eines Krieges mit Frankreich ankommen zu lassen, als die Sache Schleswigs und Holsteins preiszugeben.

Auf die dänisch gesinnten Londoner Blätter hat die Enthüllung des Mißverständnisses in Itzehoe wenig oder keinen Eindruck gemacht. Der „Morning Post" wird die Sache in einer Korrespondenz aus Kiel so erklärt, daß kein englischer Leser daraus klug werden wird. Dem „Globe" gilt der Kampf um das Budget als ein bloßer Vorwand. Alles, was die Holsteiner fordern können, sei das Recht, ihren eigenen Beitrag zu den Subsidien zu votiren. Einen Anspruch darauf, das Gesammtbudget zu kontroliren, könnten sie nicht erheben u. s. w. Das „Morning Chronicle" giebt zu, daß die dänische Regierung sich vielfache Eingriffe in Schleswig erlaubt, daß sie den Beamtenstand entnationalisirt, Eisenbahn- und Kanalbauten aus politischen Beweggründen gestört, die Sprache des Volkes beleidigt, die Presse geknebelt und die Gerichtsbarkeit der örtlichen Behörden angegriffen habe, aber trotzdem will es diesem Blatt als Uebertreibung erscheinen, wenn man von Despotismus und fremdem Joch spreche.

— [Tagesnachrichten.] In Walsall in Worcestershire fand am Mittwoch ein Reformmeeting statt, bei dem Mr. Sheridan, M. P. für Dudley (ein Enkel des berühmten Redners und Dichters) das Parlament gehörig schlecht machte und rauschenden Beifall erntete. — Am Dienstag fuhren zwei Dampfboote, jedes mit ungefähr 500 Passagieren beladen, die Themse abwärts, um ein trauliches Plätzchen für zwei Boxereien zu finden. Aber in Erith harrte die Polizei und verhinderte die beabsichtigte Landung. Auf mehreren Punkten bei Dartford und Crayford war die Landung schon glücklich bewerkstelligt, als die Polizei die Freunde der noblen Passion sich wieder einzuschiffen zwang. Die Kreuzfahrer gingen endlich stromaufwärts, fielen in die Grafschaft Essex ein, deren Polizei keinen Wind bekommen hatte, und bei Rainham Creek wurden beide Schlachten geliefert. — Das „Athenäum" berichtet: Herr Gladstone fragte vor Kurzem Sir Henry James, ob es möglich wäre, vermittelst seines photozincographischen Prozesses altenglische Urkunden abzuschreiben. Darauf wurde eine kleine Urkunde aus der Zeit Eduards I. abgeschrieben, und das Experiment gelang über Erwarten, während die Kosten unbedeutend waren. Sir Henry James erhielt darauf die Erlaubniß, jenen Theil des Domesday Book, der sich auf Cornwall bezieht, zu kopiren, und die Arbeit ist so vortrefflich ausgefallen, daß sie über ganz England ausgedehnt werden sollte.

— [Frankreichs militärische Vorbereitungen; polnische Legion.] Der Pariser Korrespondent des „Morning Herald", der sich in der Regel eher alarmistisch zu äußern pflegt, giebt diesmal dem europäischen Frieden noch einige Monate Frist. Er schreibt:

„Ich habe guten Grund, zu glauben, daß nach Turin die Weisung ergangen ist, sich für den Augenblick ruhig zu halten. Der Grund liegt auf der Hand. Nach all den Rüstungen, die dem Angriff auf Oestreich im Jahre 1859 vorhergingen, war die französische Armee mit allem Feldzugsbedarf sehr schlecht versehen, und hätte ein ehrlicher englischer Korrespondent den französischen Stab begleiten dürfen, anstatt eines ungarischen Revolutionsmannes, der aus Haß gegen Oestreich und anderen Rücksichten alle Mängel der Franzosen überfirnißte, so würde das englische Publikum eine Geschichte von Elend, Hunger und Plünderung gelesen haben, die alle Erinnerungen aus dem Krimmwinter verdunkelt hätte. Es ist nicht zu verwundern, daß der Kaiser einer Wiederholung der peinlichen Scenen vorbeugen will, welche, Dank der Unfähigkeit oder dem Verrath der östreichischen Befehlshaber, die Rauferei, man kann es nicht Feldzug nennen, von 1859 in einen französischen Sieg verwandelten. Die gegenwärtig unter den Waffen befindlichen Truppen sind schon mit Gepäckwagen versehen und werden im Gebrauch derselben eingeübt. Jedem Bataillon sind seit sechs Wochen Verpflegungsoffiziere beigegeben, und die Truppen werden jetzt genau so wie während eines Feldzuges genährt. Mit einem Wort, die französische Armee wird für den Krieg gedrillt, gedrillt, sich im Feldzuge zu erhalten, und, was vielleicht noch nothwendiger ist, das Kommissariat wird gedrillt, die Armee mit ausreichenden Lebensmittelvorräthen zu versorgen. Aber noch ist nicht Alles bereit. Die Regimenter bestehen jetzt größtentheils aus Rekruten, die nie im Feuer waren, und unter den Gemeinen giebt es nur wenige Krimmveteranen. Drillen ist daher die Tagesordnung, und die Leute werden mit all dem Geschick, das den Offizieren zu Gebote steht, zum Uebergang von den harmlosen Uebungen des Kasernenhofs und des Exerzirplatzes auf das Schlachtfeld vorbereitet. Aber, wie gesagt, dies Alles braucht Zeit, und deshalb erhält Piemont die Losung, vorderhand gelinde Seiten aufzuziehen. — Mieroslawski organisirt in Paris eine Polenlegion, ein Unternehmen, wozu er, wie ich kaum zu sagen brauche, die Ermächtigung der Regierung nöthig hat. Er rühmt sich, sagt man, mit 500 Mann das Großherzogthum Posen aufwiegeln zu können. (?) Die Legion soll 2000 Mann stark werden." (Die neuliche Meldung, Mieroslawski habe Paris verlassen, stellt sich jetzt als ein Irrthum heraus. D. Red.)

Frankreich.

Paris, 7. April. [Der Brief des Prinzen Murat.] Der Herzog, an welchen der Brief des Prinzen Murat gerichtet war, ist der Herzog von Proto, jetzt einer der Deputirten für Neapel im Turiner Abgeordnetenhause. Er gehörte früher zur Partei der konstitutionellen Bourbonisten, und lebte eine Zeit lang in Paris in Gesellschaft mit dem Herzog von San Teodoro, dem Prinzen San Giacomo und dem Prinzen Dentice, die sämmtlich dieselbe politische Farbe halten, aber deshalb doch bei König Ferdinand sehr angesehen waren. Bekanntlich hat die „Gazette de France" dieser Tage „enthüllt", daß der Abdruck des Briefes nach einem auswärtigen Journal, wie die offiziösen Journale gesagt haben, eine leere Erfindung sei; man habe ihr und allen anderen Journalen den Brief besonders gedruckt und mit der Ueberschrift: „Un journal étranger publie la pièce suivante" ins Haus geschickt. In der That konnten die Journale das betreffende auswärtige Blatt auch nicht nennen. Der nähere, sehr charakteristische Zusammenhang ist nun folgender. Prinz Murat schickte seinen geschriebenen Brief dem Herzog von Proto mit dem Ansinnen, ihn in den italienischen Zeitungen abdrucken zu lassen. Graf Cavour, der Wind von der Sache hatte, ließ die Turiner Blätter ersuchen, den Brief nicht zu drucken. Da Prinz Murat auf seinem Schlosse dies aber nicht ahnen konnte, so versandte er seinen multiplizirten Brief hier mit der obigen Aufschrift, welche die offiziösen Journale, ohne die Thatsache konstatirt zu haben, nachdruckten. (Pr. Z.)

— [Tagesbericht.] Der heutige „Moniteur" enthält das kaiserliche Dekret, welches die Konvention über die Regulirung der Grenze zwischen Frankreich und Sardinien promulgirt. — Ein kaiserliches Dekret vom 9. März bestimmt, daß Agenten zur Beförderung von Auswanderern die Ermächtigung dazu nur erhalten können, wenn sie eine Kaution von 15—40,000 Fr. stellen. — Im Senate kam gestern die Petition eines Herrn de Vauxonne zu Lyon vor, daß die vom Kaiser Napoleon I. verliehenen Adelstitel für erblich erklärt werden möchten, auch wenn kein Majorat vorhanden, an dem sie haften. Die Kommission (Berichterstatter Graf Casabianca) befürwortet dieses Anliegen und empfiehlt die Ueberweisung der Petition an den Instizminister. Graf Grossolles Flamarens verlangt, die Petition, die höchst wichtig sei, erst gedruckt zu sehen, und will die Diskussion darüber verschoben wissen, was auch geschieht. — Es wird berichtet, daß Herr Gaiffe, Mitglied der Redaktion des Journals „La Presse", gestern verhaftet und nach Mazas gebracht worden. Die Verhaftung soll mit der Mirès'schen Angelegenheit in Verbindung stehen.

— [Prinz Murat.] Der Kaiser soll an den Prinzen Murat folgendes Schreiben gerichtet haben: „Mein Vetter! Indem Sie Ihren Brief über Neapel veröffentlichen, haben Sie das Andenken Ihres Vaters beleidigt und einen Schimpf gegen meine Regierung Sich zu Schulden kommen lassen. Sie haben Alles vergessen, was Sie mir als Verwandten, als Fürsten und Sich selbst schuldig sind als französischem Prinzen und als Senator. Im Einvernehmen mit meinem Familienrathe habe ich beschlossen, daß Sie eine Reise ins Ausland machen werden, und deren Dauer auf sechs Monate festgesetzt."

Paris, 9. April. [Telegramm.] Der heutige „Moniteur" publizirt ein Zirkular des Justizministers Delangle an die Generalprokuratoren, katholische Geistliche betreffend, die bei Ausübung ihrer Funktionen durch Wort oder Schrift öffentlich gouvernementale Materien behandeln, was das Gesetz untersagt. Der Minister erinnert an die Artikel 204 und 201 des Strafgesetzbuchs, welche diese Verbrechen mit Gefängniß und Verbannung bestrafen, und sagt, daß diese außer Anwendung gebliebenen Bestimmungen ihre Autorität nicht verloren haben. Die Regierung würde ihre Pflicht verletzen, wenn sie dieselben gegen systematische Feindseligkeit nicht in Anwendung brächte. Schließlich fordert der Minister die Generalprokuratoren auf, die Verbrechen zu konstatiren und die Urheber, wer sie auch seien, der kompetenten Gerichtsbehörde zu überweisen.

Italien.

Turin, 6. April. [Aus der Kammer.] In der heutigen Sitzung nahm das Haus der Abgeordneten nach Verwerfung von einem Dutzend motivirter Tagesordnungen folgenden Antrag der Abgeordneten Torrearsa und Mamiani an: „Die Kammer geht

zur Tagesordnung über, indem sie Akt von den Erklärungen des Ministeriums in Betreff der genauen Beobachtung der Gesetze nimmt, da sie das Vertrauen hegt, daß das Ministerium die geeignetsten Maaßregeln treffen werde, um die Verwaltungsgleichheit der neapolitanischen und sicilianischen Provinzen zu beschleunigen, und indem sie auf sofortiger und wirksamer Bekanntmachung der von der Regierung zugesagten Maaßregeln in Betreff der öffentlichen Sicherheit und der öffentlichen Arbeiten besteht.“ Ein Gesetzentwurf, den der Minister des Innern dem Abgeordnetenhause vorgelegt hat, bezweckt die Einführung des schweizerischen Systems der Schießstände in allen Gemeinden Italiens, wozu der Minister Eröffnung der erforderlichen Geldmittel vom Staate verlangt.

— [Tagesnotizen.] Die „Opinione“ erklärt alle Gerüchte, als beabsichtige die italienische Regierung eine Zwangsanleihe, für rein aus der Luft gegriffen. — Liborio Romano ist am 5. April krank in Genua angekommen. — In der Nacht vom 3. auf den 4. April erfolgte in den Büreaus der Garibaldi'schen Hülfskasse eine Haussuchung, die sechs Stunden dauerte, und über deren Zweck und Erfolg noch ein Schleier ruht. — Die von der italienischen Regierung eingesetzte Kommission, welche die verschiedenen Alpeneisenbahnprojekte zu prüfen hatte, hat sich für den Lukmanier entschieden, und der Minister der öffentlichen Arbeiten wird den betreffenden Plan nächstens dem Parlamente vorlegen. — König Franz II. hat seine römische Besitzung, den Palast Farnese, welchen er zuerst der Königin Isabella angetragen, nunmehr an den Kaiser Napoleon verkauft, aber mit der Klausel, daß er während der ersten fünf Jahre diesen Palast jeden Augenblick gegen Rückerstattung des Kaufschillings wieder erwerben kann. — Die Subskription für den Prinzen Napoleon ist in Rom geschlossen, und man arbeitet bereits an dem Geschenke, welches dem Prinzen, zur Erinnerung an seine im Senat gehaltene Rede, überreicht werden soll.

— [Die venetianischen Freiwilligen.] General Fanti hat an alle Korpskommandanten folgendes Rundschreiben gerichtet: „Eine gute Anzahl von Freiwilligen aus Venetien, deren Dienstzeit zu Ende ist und die nicht mehr dienen wollen, verlangen ihren Abschied. Die Absicht der Regierung ist, daß die Korpschefs, indem sie die venetianischen Freiwilligen verabschieden, ihnen doch jeden Reiseschein verweigern. Vielmehr sind diese Leute an den Intendanten oder Gouverneur der Provinz zu schicken, welcher ihnen im Einklange mit den vom Minister des Innern getroffenen Maaßregeln eine Permanenzkarte (Interimsschein) ausfolgen wird. Der Minister Fanti.“

— [Garibaldi] hat an das Journal „Diritto“ einen Brief als Widerlegung einer von der „Gazetta del Popolo“ gebrachten Nachricht eingesandt. Er lautet: „Mein Herr! Ein Turiner Blatt zeigt an, daß ich, von Graf Cavour berufen, hierher gekommen bin. Diese Nachricht ist vollkommen falsch. Turin, 3. April. G. Garibaldi.“ In der That giebt ein anderes Schreiben Garibaldi's, welches er an die nach Caprera zu ihm gesendete Deputation der allgemeinen Arbeiterverbrüderung richtete, den Beweis, daß er mit dem Grafen Cavour keineswegs ausgesöhnt ist. Er beklagt darin unter Anderem den König wegen der verderbten Atmosphäre, die ihn umgiebt.

Die Ereignisse im Kirchenstaat und in Neapel.

Aus Rom, 2. April, schreibt man der „B. Z.“: „Abenteuerliche Gerüchte über das nahe Ende der päpstlichen Herrschaft sind in Umlauf, und man weiß, daß solchen Gerüchten, wenn sie von der herrschenden Partei ausgingen, die Bewährung auf dem Fuße zu folgen pflegt. Das nationale Komité votirte bereits, die große Cardonata (leicht aufsteigende Treppe) des Kapitols, deren Boden in schlechtem Zustande ist, von unten bis oben zu seiner Zeit ausbessern zu lassen, daß der König von Italien den festlichen Einzug darüberhin halte. Dem Papste hingegen ist durch den französischen Botschafter noch einmal die Chance einer Transaktion freigegeben, indem er erklärte, man wünsche in Paris und Turin in Bezug auf die letzte Note Kardinal Antonelli's, womit derselbe auf die Laguerronnière'sche Broschüre antwortete, Näheres über das Maaß der Konzessionen zu wissen, die der Papst seinen Unterthanen zugedacht habe. Allein der Papst hat ohne weiteres Bedenken den Bescheid ertheilt, er sähe in dieser Form eines Ausgleichs den entschiedensten Zwang, seinen freien Willen durch das Belieben Anderer bestimmen zu lassen; er werde, was er zu geben gedenke, mit aller Aufrichtigkeit geben, aber nur nachdem alle Provinzen bis zum Po unter den Krummstab zurückgekehrt seien. Da Niemand mehr hiervon hören mag, so ist auch die letzte Hoffnung auf Verständigung geschwunden. Daß dieser Monat noch vergeht, ohne daß wir Piemontesen hier haben, ist nicht wahrscheinlich. Aber auch die Franzosen werden bleiben, darauf deuten die von den Stabsoffizieren für ihre Familien vor Kurzem getroffenen häuslichen Einrichtungen und die aufs Neue von den Intendanten geschlossenen Lieferungskontrakte. Die Theuerung der Lebensmittel ist so sehr gestiegen, daß das ärmere Volk bereits Hunger leidet. — Der König von Neapel hat einem fremden Diplomaten, der ihm gestern aufwartete, über sein Bleiben oder Gehen bemerkt, er werde sich mit allen seinen Verwandten hier so lange aufhalten, bis er Beweise habe, daß dem Papste aus seiner Gegenwart Widerwärtigkeiten entständen. Ob Andere ihn gern oder nicht gern hier sähen, sei ihm ziemlich gleichgültig.“

Ueber das Erscheinen piemontesischer Packwagen vor den Thoren Roms wird der „Korresp. Hav.“ unter dem 2. April geschrieben: „Es waren im Ganzen 50 Wagen, welche von Fuhrleuten aus den Marken und Umbrien geführt wurden. Dieselben hatten mit der piemontesischen Regierung einen Vertrag wegen Transport von Kriegsmunition und Lebensmitteln nach Gaëta abgeschlossen. Sie waren diesem Vertrage nachgekommen, und nahmen, um sich den Rückweg abzukürzen, ihren Weg durch die päpstlichen Staaten. Die Regierung war von ihrem Delegaten in Velletri hiervon benachrichtigt und erlaubte ihnen die Durchreise, aber vor den Thoren Roms angekommen, wurde ihnen verboten, durch die Stadt zu fahren, und von Gendarmen eskortirt, setzten sie ihren Weg nach Terni fort. Die Wagen gehörten der piemontesischen Armee, und trugen das savoyische Kreuz, aber die Pferde waren Eigenthum der Fuhrleute. Die Fuhrleute, 150 an der Zahl, hatten blaue Blousen und rothe Hosen an, was zu dem Glauben Veranlassung gab, daß es verkleidete Soldaten wären.“

Die Reibungen zwischen den Ueberresten des Garibaldischen Korps und den Sardiniern mehren sich in Neapel in bedenklicher Weise und nehmen in neuerer Zeit einen blutigen Charakter an. Da die Regierung den übermäßigen Ansprüchen dieser Leute nicht mehr Genüge leisten kann, so vergeht fast kein Tag ohne Demonstrationen und Exzesse. Man will ich jetzt mit Gewalt dieser Söldner entledigen, wie aus den vieen vorgenommenen Verhaftungen und aus dem Umstande zu ersehen ist, daß bei allen Konflikten die Truppen rücksichtslos von ihren Waffen Gebrauch machten. — Am 29. März, schreibt man der „Allg. Ztg.“, sollten ungefähr hundert Garibaldianer aus allen Theilen Italiens, die ohne alle Subsistenzmittel waren, bei der Regierung eine Unterstützung erhalten, die ihnen vor einigen Tager auf ihr Ansuchen zugesagt worden war. Sie hatten sich also in das Ministerium begeben, und wurden von dort in den Palast Naddaloni geschickt, wo sie weit weniger erhielten, als ihnen anfinglich versprochen worden. Höchst aufgebracht darüber, zogen sie zum Finanzministerium zurück, und riefen: „Abasso il ministero!“ Hierauf wollten sie in das Innere dringen, allein die Nationalgarde trieb sie zurück und schloß die Thore. Sie zogen run die Straße Concezzione hinab, unter dem fortwährenden Raf „Abasso!“ Am Schloßplatz wurden sie indeß von einer starken Patrouille von funfzig Linienfoldaten mit dem Bayonett angegriffen und, da sie unbewaffnet waren, durch die Straßen S. Giacomo und Toledo bis Madonna delle Grazie verfolgt. Vier oder fünf wurden schwer verwundet und einer soll bereits gestorben sein.

Rußland und Polen.

Warschau, 7. April. [Die Auflösung des landwirthschaftlichen Vereins] Wie ein Blitzschlag aus heiterem Himmel traf unsere Stadt die Nachricht von der Auflösung des landwirthschaftlichen Vereins des Königreichs Polen. Aufgeklärt wird die Sache einigermaßen durch eine Mittheilung im Auftrage des Kultusministers, welche die Zeitungen unmittelbar nach der Auflösungsverordnung des Administrationsrathes bringen. In dieser Mittheilung heißt es, daß der Oberhirt einer Diözese, nachdem er eine Aufforderung an seine Geistlichkeit gerichtet und der Regierung ordnungsmäßig angezeigt hatte, worin er die Beruhigung der Gemüther und das Vertrauen zu den Landesbehörden anempfahl, wenige Tage darauf ein der Regierung nicht mitgetheiltes Schreiben an seine Geistlichkeit gerichtet habe, worin er letztere aufforderte, von dem Adel die Unbill abzunehmen, welche die Feinde demselben anthäten, indem sie behaupteten, daß nicht der Adel, sondern die Regierung die Bauern mit adeligem Grund und Boden beschenke; das solle man jetzt beim Sakrament der Buße dem Volke verkündigen. In demselben Sinne hätten mehrere Geistliche, unter dem Einflusse einiger Korrespondenten und Mitglieder des landwirthschaftlichen Vereins, dem Landvolk von den Kanzeln herab eine Bekanntmachung des landwirthschaftlichen Vereins verlesen, nach dessen Annullirung durch die Regierung jedoch der Kultusminister den Geistlichen eine den Stand der Auflösungsfrage nach Recht und Billigkeit erklärende Ankündigung übersandt hatte. Inzwischen seien durch die Verkündigung jenes Zirkulars des landwirthschaftlichen Vereins in mehreren Gemeinden, namentlich in Międrzyrzec (des Grafen Potocki) Unruhen ausgebrochen. Von dem gedachten geistlichen Oberhirten (gemeint ist der Plocker Bischof Myslinski) seien nähere Aufklärungen eingefordert worden. Das Dokument schließt mit folgenden Worten: „Die der Geistlichkeit in kirchlichen Angelegenheiten zustehende Freiheit bewahrend und das Vorgehen eines Diözesanvorgesetzten von dem gesetzten Benehmen der bedeutenden Mehrheit unserer Geistlichkeit unterscheidend, wird die Behörde nicht gleichgültig sein gegen irgend Jemandes Eingriffe in Landesangelegenheiten.“ (Schl. Z.)

Warschau, 8. April. [Ueber die vorgestrigen Demonstrationen] entnehmen wir einem Berichte der „Br. Z.“ zur Ergänzung noch Folgendes: Schon in aller Frühe strömten die Massen zu Fuß und zu Wagen zu dem Kirchhof nach der Vorstadt Powonski, wohin auch ein Kreuz von einem Geistlichen getragen wurde. Die Spannung der Zurückgebliebenen in der Stadt war nicht gering, da in Powonski ein großes Soldatenlager ist und man schon gestern von militärischen Vorkehrungen zur Verhinderung des Kirchhofbesuches sprach. Doch zeigte sich kein einziger Soldat, die Andacht wurde von der ungeheuren Menschenmenge in voller Ruhe abgehalten, nach derselben soll ein Geistlicher zum ruhigen Auseinandergehen aufgefordert haben, und die Massen strömten mit Zweigen und Kränzen von dem Grabe der Opfer ruhig zurück in die Stadt. Diese Demonstration sollte, so hieß es gestern allgemein, ehe die Auflösung des landwirthschaftlichen Vereins bekannt wurde, vorläufig die letzte sein. Aber dieser Regierungsakt, welcher das Land seines einzigen öffentlichen Organs beraubte und den bedeutenden Fonds des Vereins einstweilen der Bank einverleibte, warf in die leicht entzündlichen Massen einen frischen Zündstoff. Des Nachmittags gegen 4 Uhr sah man wiederum von allen Seiten die Massen nach dem Landschaftsgebäude strömen, großentheils trugen sie noch die grünen Spolien von dem Kirchhofe in Händen oder an den Kleidern befestigt, und dort entwickelte sich ein seltsames Schauspiel. Auf dem von Damen gefüllten Balkon standen mehrere Herren, welche gewissermaßen das Kommando führten, der herrliche Säulengang des Gebäudes war mit Blumenguirlanden geschmückt, der russische Adler daselbst mit Trauerflor behangen, und über ihm, von den Herren auf dem Balkon an einer Schnur gehalten und gerichtet, hing der improvisirte weiße polnische Adler auf schwarzem Grund, in Eile auf Papier gezeichnet. Das bekannte Nationallied: „Noch ist Polen nicht verloren“ wurde angestimmt und von der Menge jubelnd gesungen. Da kam Kriegsgouverneur Paniutin zu Pferde an und wollte durch die Menge reiten. Anfangs leistete man ihm Widerstand, doch das Kommando vom Balkon rief: „den General durchlassen“, und sofort wurde Spalier gebildet. Der ihn begleitende Kosak wollte dasselbe versuchen, wurde jedoch von der wieder sich schließenden Masse zurückgehalten. Da drängten sich zwei Jünglinge in polnischer Nationaltracht heran und führten das Pferd mit seinem todtbleichen Reiter durch die schnell sich öffnende Volksmenge. Von da ging der Zug nach der „Krakauer Vorstadt“ zu Zamoyski's Hotel, Hurrahs erschollen dem gefeierten Märtyrer, dem Präsidenten des landwirthschaftl. Vereins und des landwirthschaftl. Kreditinstituts. Von der Menge stürmisch gerufen, erschien der Graf auf dem Balkon, sprach dem Volke beruhigende Worte zu und bat um ruhiges Auseinandergehen. „Europa“, sprach Zamoyski unter Anderem, „sieht auf uns, Europa wird uns richten.“ Der Zug bewegte sich von da zum Marienbilde vor der Bernhardinerkirche. Einen Augenblick hielt er vor dem sogenannten Statthalterpalaste, wo Direktor Wielopolski seine Privatwohnung hat. Doch schnell verbreiteten sich wie ein Lauffeuer durch die Massen die Worte: „Noch kennen wir den Mann nicht, erst müssen wir sein weiteres Verfahren abwarten“, und das Volk zog ruhig weiter, ohne daß man auch nur eine laute Aeußerung gegen den augenblicklich unbeliebten Graf gehört hätte. Der Zug ging weiter bis zur Bernhardinerkirche, wo das Gebet um die Wiederherstellung Polens wiederum begann. Da sah man vor dem nahe gelegenen Schloß die Soldaten massenhaft gedrängt, sich aufstellen, und sofort zog man dorthin. „Noch ist Polen nicht verloren“ wurde wiederum angestimmt, doch von keiner Seite ward Gewalt gebraucht. Da kam der Fürst-Statthalter Gortschakoff selbst herausgeritten und bat das Volk, nach Hause zu gehen. Aber man rief laut um vorherige Entfernung des Militärs. Unangenehme Pfeifentöne ließen sich hören, und der Fürst verstand das Signal zum Rückzuge sehr bald. Dann versuchte General Kotzebue das Volk zu beruhigen, jedoch vergeblich. Da trat der Oberpolizeimeister Charasdowicz zum General Kotzebue, flüsterte ihm etwas ins Ohr, und sofort zog ein Bataillon nach dem andern unter dem Gelächter der Menge ab. Kaum war dies geschehen, so drang das Kommando zum Auseinandergehen wieder blitzschnell durch die Menge, die sich auch ruhig zerstreute. Im Lubliner Gouvernement haben die Unordnungen fast den Charakter der Anarchie angenommen, der Gouverneur Mackiewitsch hat seine Entlassung genommen; an seine Stelle ist Graf Tytschkiewitsch ernannt, wie man hört, ein völlig unfähiger Mann.

Warschau, 8. April. [Der Tumult.] Nach den Scenen des gestrigen Tages war vorauszusehen, daß die Sachen in dieser Weise so nicht länger gehen konnten. Auch heute sammelten sich auf dem Schloßplatze und den benachbarten Straßen Volkshaufen, die immer größer und größer wurden. Gegen 6 Uhr ließ der Fürst-Statthalter Truppen vor das Schloß postiren und die Menge wiederholt zum Auseinandergehen auffordern. Jedoch vergebens. Man antwortete den Parlamentären mit Pfeifen und Zischen, und blieb am Platz, sicher gemacht durch die gestrigen Vorgänge, und die in der Stadt verbreitete Nachricht, der Fürst habe von Petersburg den Auftrag, nicht schießen oder einhauen zu lassen. Was nun noch weiter erfolgt ist und Veranlassung zum Feuern und dem scharfen Gebrauch der Waffen gegeben hat, haben wir heute nicht ermitteln können, genug wir hörten in nicht zu großer Entfernung vom Schauplatze, um etwa 7 Uhr den Donner der Kanonen. Personen, die sich in nächster Nähe der Ereignisse befunden hatten, erzählen nun, daß zunächst die Kavallerie Attaken auf die Massen machte und scharf einhieb, und daß hierauf die Infanterie rottenweise Feuer gegeben habe. Die Artillerie soll nur Signale abgefeuert und die um Warschau kantonnirenden Truppen nach der Stadt gerufen haben. Wir sahen in der That Leuchtkugeln und Raketen aufsteigen und diese Signale aus der Umgegend beantworten.

Andere behaupten, daß die Artillerie scharf nach der Menge geschossen habe; es scheint uns dies indessen unwahrscheinlich, wir glauben vielmehr, daß diese Schüsse nur entweder Schreck- oder Signalschüsse waren. Nachdem die Infanterie, wie bemerkt, zu schießen angefangen hatte, fingen die Massen zu weichen an und suchten namentlich die Senatorenstraße entlang zu entkommen. Die Krakauer Vorstadt, welche andererseits nach dem Schloßplatze führt, war mit Militär besetzt, so daß nach dieser Richtung kein Ausweg übrig war.

Die Truppen drangen den Massen nach und säuberten schießend und mit den Kolben die Senatorenstraße. Die Todten und schwer Verwundeten wurden diesmal nicht auf dem Platze zurückgelassen, sondern von den Truppen aufgenommen und nach dem Schlosse gebracht, was darauf hinzudeuten scheint, daß ein öffentliches Begräbniß nicht stattfinden wird.

Um etwa halb 8 Uhr hatte das Schießen aufgehört. Es soll heute eine sehr bedeutende Menge verwundet und getödtet worden sein. Die Zahl läßt sich selbstverständlich nicht einmal annähernd bestimmen. Gegen 8 Uhr kamen die aus der Umgegend herangerufenen Truppen von allen Seiten nach der Stadt; Kavallerie, Infanterie und Artillerie. Das Militär wurde zum Theil vor dem Schlosse, in den Kasernenhöfen, auf den freien Plätzen u. s. w. postirt und wird wohl die ganze Nacht über dort liegen bleiben. Die Straßen waren gegen 10 Uhr wie ausgestorben. Außer den Militärpatrouillen begegnete man nur einzelnen ängstlich dahineilenden Personen. Der Belagerungszustand wird morgen unzweifelhaft proklamirt werden. Zahlreiche Verhaftungen finden statt. (Br. Z.)

Die „Schl. Z.“ berichtet darüber noch: „Das Nachgeben und die schonende Milde haben sehr schlechte Wirkung gehabt. Heute Nachmittag gegen vier Uhr sammelten sich ungeheure Massen vor dem Schlosse und in den benachbarten Straßen. Es wurden nach der bisher befolgten Methode der Güte alle Versuche gemacht, diese zu zerstreuen und auf friedlichem Wege Ruhe und Ordnung zu erhalten. Es wurde dreimal (wie es auch in Preußen üblich ist) die Aufruhrakte verlesen, nach Trommelschlag rc. — jedoch die Masse antwortete mit Pfeifen, Schreien und zuletzt sogar mit Steinwürfen. Hierauf schickte man die Gendarmen mit der Ordre vor, die flache Klinge zu gebrauchen und die Haufen zu zerstreuen. Dies hatte indeß nur die Wirkung, daß die vordersten Reihen sich zurückzogen und andere aus der Mitte sich hervordrängten mit Heiligenbildern und religiösen Abzeichen. Auch die Kosaken, welche jetzt beordert wurden, richteten nichts aus. Endlich rückte die Infanterie mit ihren Kolben vor doch ohne zu schießen oder zu stechen; aber die Priester mit ihren Heiligenbildern stellten sich vor und man suchte unter dem Deckmantel der Religion jedem Angriff Trotz zu bieten. Als der Unmuth der Truppen durch zwei Stunden auf alle nur mögliche Weise provozirt worden war, wurde noch einmal verkündigt: Wir werden schießen, und so geschah es, doch nur in die Luft. Nun erfolgten jedoch Schüsse aus benachbarten Häusern und Steinwürfe, so daß eine Anzahl Soldaten schwer und leicht verwundet und zwei Soldaten getödtet wurden. Nunmehr wurde scharf auf die Massen und in die Häuser geschossen, aus denen Schüsse gefallen waren. Bis jetzt Abends 10 Uhr zählt man etwa 15 Getödtete von Seiten des Volks. Daß man aber viele dabei arretirt hat, können Sie Sich wohl denken. Außer den oben erwähnten Soldaten beim Straßenkampf sind auch noch mehrere in anderen Straßen beim Patrouillendienst schwer verwundet worden. — Für den Augenblick leben wir im Belage-

rungszustande, obgleich er noch nicht erklärt ist. Doch befinden sich auf allen Plätzen und allen Ecken der Hauptstraßen starke Posten, und die Ruhe scheint gesichert. — Vielleicht hören Sie von Kanonenschüssen aus der Zitadelle. Dies waren bloß Alarmsignale für das sehr zerstreut kasernirte Militär.

Warschau, 9. April. Das Militär, welches am Sächsischen Palais stand, schoß auf die Menge ein; von der Zitadelle wurden 5 Kanonenschüsse, jedoch blind, abgefeuert. Die Todten und Verwundeten brachte man in das Hotel l'Europe; unter den Getödteten befindet sich ein Sohn des Bankier Ring (Bankier- und Speditionsgeschäft, Firma Ring und Herbst).

Kalisch, 5. April. [Ueber die hiesigen Ereignisse] empfängt die „Oestr. Ztg." folgende ausführliche Mittheilungen: Während der jüdischen und christlichen Feiertage hatten wir ununterbrochene, mit politisch-patriotischen Gesängen verbundene Straßenprozessionen, an denen sich alle Stände und Konfessionen betheiligten. Die zur Erhaltung der Ruhe in der Stadt ernannten Bürger haben bereits die Zahl von Hundert erreicht, von denen jeder Einzelne ein Abzeichen mit der Aufschrift: „Mitglied zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe in Kalisch" trägt, eine Maaßregel, die um so wichtiger scheint, als sich gestern eine ungeheure Menge Volkes nach dem benachbarten, eine Meile von hier entfernten Grenzorte Szczypiorno begab, um dem dortigen höchst unbeliebten, in politischer Beziehung als zweideutig bezeichneten Grenzdirektor Julian Statowski eine feierliche Katzenmusik zu bringen. An dieser Manifestation des Unwillens betheiligte sich der Adel zu Pferd, Bürger verschafften Extraposten ohne Entgeld, und jeder im Orte vorhandene Gaul wurde mit Hast ergriffen und bestiegen. Die bis zum Grenzorte führende Chaussee war dermaßen überfüllt, daß man von Ferne nichts als einen sich bewegenden schwarzen Punkt wahrnehmen konnte. Glücklicherweise gelang es dem von einem Freunde rechtzeitig gewarnten Direktor, sich mit der Familie zu flüchten, und somit hatte sich der Volkshaufe nur dadurch gerächt, daß er demselben sämmtliche Fensterscheiben, Fensterrahmen, Möbel und Bilder zerschellte und die Wohnung mit Ziegel- und Steinmassen förmlich überfluthete. In der Stadt selbst ist es ruhig. Die Israeliten veranstalten eine Geldsammlung, um einen befähigten Warschauer Prediger zu engagiren, der bei dem Gottesdienste in der Synagoge Predigten halten soll, an denen es bisher vollends mangelte. — Unter Denjenigen, die, von Schrecken und Angst heimgesucht, am nachgiebigsten geworden, ist der General Armstrong zu nennen, der nicht nur von allen Barrieren die lästigen Aufseher zurückrufen ließ, sondern von allen Seiten Erkundigungen über die Bedürfnisse der Stadt einzieht, und überhaupt sich populär zu machen eifrigst bemüht ist.

Kalisch, 7. April. [Die Bürgerdelegation; Personalveränderungen; Demonstrationen; die Juden.] Die Bürgerdelegation hat die Zahl ihrer Mitglieder auf die Hälfte reduzirt. Namentlich wurden mehrere Gutsbesitzer aus der Umgegend, die an den Sitzungen theilnahmen, ausgeschieden, damit nicht noch andere Veranlassung nähmen, in der Stadt zu verbleiben. — Der neue Landrath ist bereits installirt, der Stadtpräsident erhält anderweitig eine Stelle. — Nach dem Verfahren in Warschau werden auch hier den Einwohnern die Fracks, die nicht mehr getragen werden sollen, abgefordert und zu Jacken für Waisenkinder verwandt. Eben so hat der größte Theil des Publikums, dem Beispiele der Warschauer folgend, die Trauerzeichen verdoppelt. — In Plock hat die Kaufmannsressource einstimmig die Aufnahme jüdischer Mitglieder beschlossen. Bei der Abstimmung über die Aufnahme von drei angemeldeten Juden fand sich in der Urne auch nicht eine schwarze Kugel.

Kalisch, 8. April. [Stimmung und Demonstrationen.] Die Nachricht von der Auflösung des landwirthschaftlichen Vereins hat hier die größte Bestürzung hervorgerufen; doch ist die Ruhe im Ganzen ungestört geblieben. In dem benachbarten Turek wurde der frühere Adjunkt des hiesigen Landraths, nachdem er bereits hier mehrfache Insulten erlitten, bei der Durchreise von einem Theil der dortigen Einwohnerschaft mißhandelt. Der Landrath in Sieradz hat sich entfernt, nachdem die Bevölkerung ihre Unzufriedenheit gegen ihn öffentlich zu erkennen gegeben hatte. (Schl. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 4. April. [Die holsteinsche Budgetangelegenheit.] In dem (seinem wesentlichen Inhalte nach bereits telegr. in Nr. 79 erwähnten) Berichte des Konseilspräsidenten an den König heißt es wörtlich: „Am 1. März äußerten die Gesandten von England, Frankreich, Rußland und Schweden den dringenden Wunsch, daß der holsteinschen Ständeversammlung das Budget für das Finanzjahr 1861—62, insoweit es Holstein betreffe, vorgelegt werde. Die Regierung antwortete hierauf durch eine Note vom 4 März, worin es heißt: man werde mit Befriedigung, sehen, wie die Regierung diesen Wünschen entgegengekommen, indem im §. 13 des Provisoriums die königliche Resolution vom 23. September 1859 vorgelegt sei. Am 6. März wurde die Ständeversammlung eröffnet. Schon die Wahl des Verfassungsausschusses zeigte, was zu erwarten. Keine Aufklärungen wurden vom königl. Kommissar verlangt; er blieb unbekannt mit den Verhandlungen. Am 18. März übersandte der königliche Kommissar der Regierung den Ausschußbericht und verlangte zugleich den sofortigen Schluß der Versammlung. Diesem Vorschlage konnte die Regierung nicht beitreten, denn sie wollte freie Aeußerungen der Stände nicht verhindern. Das Gutachten des Ausschusses berührte gar nicht §. 13; damit die Stände dessen Bedeutung weder zufällig, noch absichtlich übersehen möchten, instruirte ich am 19. und am 22. März den königlichen Kommissar nochmals dahin, der Versammlung klar zu machen, daß derselben hiermit volle Freiheit gegeben sei, Holsteins Antheil am Gesammtbudget 1861—62 zu behandeln. Der königliche Kommissar antwortete am 23. März, daß er bei der vorläufigen Berathung des Ausschußberichts dieses hervorgehoben habe und es wiederholen werde. In Folge der Haltung der Stände und der mißverstandenen Aeußerung Lord Wodehouse's, erließ ich am 22. März eine Zirkulardepesche an die dänischen Gesandten im Auslande, worin bemerkt wurde, daß den Ständen nichts Anderes als §. 13 vorgelegt werden könne, da dieser genüge. Lord Wodehouse äußerte gegen den dänischen Gesandten in London, Herrn Bille: „Er verstehe vollkommen, daß die Regierung der Ständeversammlung kein neues Budget vorlegen werde, sondern nur die königliche Resolution vom 23. September 1859; er habe auch dem Lord Ellenborough nichts Anderes geantwortet." Am 24. März sandte ich diese Zirkulardepesche dem königlichen Kommissar, wiederholte die Ansichten der Regierung und ermächtigte ihn zur Prolongation der Versammlung. Am 25. März, Abends, telegraphirte der Kommissar das Resultat der Tagessitzung. Obgleich er hiermit keine nähere Instruktionen begehrte, sandte ich dennoch am selbigen Abend folgende Depesche ab: „Der §. 13 des Verfassungsentwurfs stelle die Versammlung hinsichtlich der Verhandlungen über das Budget ganz auf denselben Fuß, als ob das Budget selbst vorgelegt sei. Die Stände können demnach, wie mein gestriges Schreiben erklärt, in voller Freiheit die für Holstein aufgeführten Beiträge annehmen, verwerfen oder amendiren. Da viel Zeit unnütz verstrichen ist, sind Sie zur Prolongation der Versammlung ermächtigt. Wollen die Stände trotz dieser Aufforderung sich nicht äußern, müssen Sie Sorge dafür tragen, daß es konstatirt werde, daß die Stände selbst die Gelegenheit, über das Budget zu verhandeln, zurückgewiesen haben." Obgleich der königliche Kommissar diese Depesche vor Anfang der Sitzung am 26. März empfing, gab er keine hierauf bezügliche Erklärung ab, sondern behielt sich vor, die gestellten Fragen später zu beantworten. Dem Berichte des Konseilspräsidenten an den König folgt in der Beilage der „Departements-Tidende" die vom 22. März datirte Zirkulardepesche an die königlichen Gesandtschaften im französischen Original, an deren Schluß es heißt: Indem ich das Voranstehende zusammenfasse, muß ich Ihre Aufmerksamkeit auf folgende Hauptpunkte lenken: 1) Das Budget der gemeinsamen Angelegenheiten für das Finanzjahr 1861—62, insofern es Holstein betrifft, wird den Ständen nicht vorgelegt werden, denn dies ist schon durch den §. 13 in fine des Entwurfs geschehen, welcher das Patent vom 25. September ihrer Berathung unterwirft. 2) Diese von dem obengenannten Patente ausgehende Berathung würde Alles umfassen können, was Holstein in diesem Budget betrifft. 3) Die Berathung, zu welcher die Stände über das Patent zugelassen sind, ist eben so vollständig, wie die über die anderen Theile der königlichen Proposition. 4) Indem die Regierung des Königs das königliche Patent vom 25. Sept. 1859 den Ständen unterwarf, hat sie einen Beweis ihrer Versöhnlichkeit gegeben, da aber die Mächte ausdrücklich erklärt haben, daß diese Nachgiebigkeit von Seiten der Regierung keine Konsequenzen nach sich ziehen werde, so hat die Regierung des Königs dadurch kein Präzedent geschaffen, welches zu ihrem Präjudiz würde ausgelegt werden können in dem Falle, daß man sich über den provisorischen Zustand nicht einigen würde.

Kopenhagen, 7. April. [Telegr.] Der königliche Kommissar der holsteinschen Ständeversammlung ist von der Regierung angewiesen worden, auf die Frage des Verfassungsausschusses: „Ob die Mittheilungen, welche rücksichtlich des der Ständeversammlung vorgelegten Budgets an die auswärtigen Mächte gemacht sind, ihrem Inhalte nach denjenigen Mittheilungen vollständig entsprechen, welche sowohl bereits vor dem Feste, als jetzt wieder durch den Kommissar den Ständen zugegangen sind": zu antworten, daß die Versammlung nicht berechtigt sei, über die Beziehungen Dänemarks zum Auslande Auskunft zu verlangen.

Türkei.

Belgrad, 1. April. [Bittgesuch serbischer Emigranten.] Zur Widerlegung der im „Journal de Constantinople" enthaltenen Behauptung, daß die aus Altserbien und Bosnien geflüchteten Christen, in Folge der ihnen von dem Sultan ertheilten Amnestie, in ihre Heimath zurückgekehrt sind, kann ich die ganz sichere Mittheilung machen, daß die Emigranten Altserbiens ein mit achtzig Unterschriften versehenes Bittgesuch an den Sultan eingereicht haben, worin sie auseinandersetzen, daß sie von der ihnen ertheilten Amnestie keinen Gebrauch machen werden, bevor ihre Verhältnisse dauernd geregelt und sie unter christliche und nationale Behörden gestellt sein werden. (Pr. Z.)

— [Gereiztheit der Türken gegen die Christen.] Von der bosnischen Grenze, 30. März, wird der „Agr. Ztg." geschrieben, die Gereiztheit der Türken habe sich gegen die Christen gewendet, und es seien Auftritte ähnlich denen in Syrien zu befürchten. Noch mehr wird die Wuth der Türken durch das Gerücht aufgestachelt, daß Serbianer in dem Banjaluker Sandschak erschienen sind, um die Christen zur Erhebung gegen die Türken zu vermögen; dieselben sollen, wie es heißt, 16 — 20 an der Zahl mittelst eines Dampfschiffes bis Berbir gekommen und in der Nahe dieses Ortes ans Land gestiegen sein und sich in die dort zahlreichen christlichen Ortschaften begeben haben.

Beyrut, 24. März. [Die Lage in Syrien.] Fuad Pascha, schreibt man der „Don. Ztg.", trifft seine Vorbereitungen, um nach Damaskus abzureisen. Gestern schickte er mittelst einer türkischen Korvette 248 drusische Delinquenten ab, welche theils zu lebenslänglicher, theils zu zeitlicher Haft verurtheilt waren. Diese Gefangenen werden in den Schlössern von Tripoli in der Berberei ihre Haft bestehen. Bei ihrer Abreise stimmten sie wilde Gesänge an und drohten, nach ihrer Rückkehr die übrigen Christen umzubringen, welche ihrer Rache entronnen waren. Die Kommission ist auf dem Punkte, ihre Arbeiten zu beschließen und ihr Projekt für die neue Verwaltung Syriens am kompetenten Orte vorzulegen. Der französische Kommissar hat erklärt, in Folge erhaltener Instruktionen mit seinen Kollegen nach Konstantinopel abgehen zu müssen. Die Auswanderung der in Damaskus zurückgebliebenen Christen hat auf die Nachricht des bevorstehenden Abzuges der Franzosen wieder begonnen. Auch hier haben sich mehrere christliche Familien auf einem russischen Dampfer nach Morea eingeschifft. Im Libanon auf dem Castravallo haben einige Dörfer sich geweigert, die Auflagen und Steuern zu zahlen, da sie den jetzigen Prokurator des christlichen Kaimakam, Scheik Jussuf Karaun, nicht anerkennen wollen, an dessen Stelle die Franzosen ein Mitglied der Familie Siehab als Fürsten des Libanon einsetzen möchten. Aus England sind Geldbeiträge für die armen Drusenfamilien des Libanon hier angelangt, die Summe soll 11,000 Pfd. St. betragen. Nun wird auch ein französisches Geschwader hier erwartet.

Griechenland.

Athen, 23. März. [Türkische Truppenaufstellung; Steuereintreibung.] Dem „Osserv. Triest." wird berichtet, die türkische Regierung habe an der thessalischen Grenze 3000 Mann aufgestellt, die in Ermangelung regulären Soldes auf Kosten der Bevölkerung leben; die griechische Regierung habe sich im Hinblick auf die türkischerseits getroffenen militärischen Verfügungen bis jetzt noch zu keinen Gegendispositionen veranlaßt gesehen. — Derselbe Korrespondent meldet: „Die Eintreibung der Steuerrückstände wird umsomehr mit großer Strenge betrieben, als die Bank zu wiederholten Malen von der Regierung zu Vorschüssen in Anspruch genommen werden mußte."

Amerika.

Mexiko, 22. Februar. [Verständigung mit den auswärtigen Repräsentanten; die Präsidentschaftswahlen 2c.] Von hier schreibt man dem französischen „Moniteur": „Die Schwierigkeiten, welche durch die von General Degollado in Beschlag genommene Silbersendung, die von fremden Kaufleuten nach Tampico befördert wurde, entstanden waren, haben eine Lösung gefunden, und die mexikanische Regierung hat sich verbindlich gemacht, in einem Zeitraume von vier Monaten die ganze Summe, deren sich General Degollado bemächtigt hat, zu bezahlen. Dieses Arrangement ist von allen Repräsentanten der dabei betheiligten Fremden angenommen worden. — Die Präsidentschafts-Wahlen sind fast beendet. Juarez und General Ortega haben sich dem Kongreß zur Kugelung vorzustellen. Man glaubt, daß die Wahl dieser Versammlung auf Herrn Juarez fallen wird. — Herr de la Fuente ist zum Botschafter Mexiko's in Paris ernannt worden. — Auf das Verlangen des französischen Botschafters ist die mexikanische Regierung von den strengen Maaßregeln, welche sie gegen die barmherzigen Schwestern ergriffen hatte, abgekommen."

Rio de Janeiro, 9. März. [Ministerwechsel.] Es hat hier ein Ministerwechsel stattgefunden, doch ist das neue Kabinet noch nicht vollständig gebildet. Ministerpräsident und Kriegsminister ist der Marquis von Carias, Finanzminister und interimistischer Minister des Auswärtigen Silva Paranhos, Marineminister und interimistischer Bauten-, Handels- und Ackerbauminister Joaquim Jose Ignacio, und Justizminister, so wie interimistischer Minister des Innern Sayao Lobato.

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 9. April. [32. Sitzung.] In heutiger Sitzung wurden zuerst die Wahlen der Abgg. v. Bonin (Genthin) und Schulze (Berlin) für gültig erklärt. Das Haus genehmigt sodann bei der Berathung über den Etat der Bergwerks-, Hütten- und Salinenverwaltung die Absetzung von 20,000 Thlr., welche die Regierung für den Bau eines Gebäudes zur Bergakademie in Berlin verlangt hat, bewilligt dagegen die von der Kommission gestrichenen 7646 Thlr. Zuschuß und den ganzen Etat der Bergakademie und spricht die Erwartung aus, daß die Regierung nächstes Jahr behufs gesetzlicher Regelung der Angelegenheit einen Plan zur Errichtung einer Bergakademie vorlegen werde. Das Haus geht dann zur Berathung über den Entwurf, betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen der Allg. Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 über, beendigt dieselbe aber nicht. Ein Zusatz zu §. 74, wonach das in den §§. 72—74 angenommene Verfahren für Berlin bei der Regierung in Potsdam stattfinden soll und nicht bei dem Polizeipräsidium in Berlin, wird trotz des Widerspruches von Seiten des Ministers des Innern mit großer Majorität angenommen.

— Die wesentlichen Abänderungsvorschläge, welche der Präsident des Abgeordnetenhauses zur Geschäftsordnung gestellt hat, sind, außer dem Vorschlage zur Gestellung von Komité's des ganzen Hauses, folgende: die Präsidenten sollen fortan für die Dauer der ganzen Legislatur gewählt werden. Der Vorschlag empfiehlt sich, um dem Hause auch während der Vertagung einen stehenden Repräsentanten zu verschaffen. Es ist diese Aenderung namentlich dann von Werth, wenn die Ausschreibung der Wahlen durch eine neue Wahlordnung dem Präsidenten übertragen werden sollte. Sodann soll ein vom ganzen Hause gewählter Ausschuß die Fachkommissionen bilden, während es dem Hause freisteht, bei jedem Gesetze diese Kommissionen durch einige Mitglieder zu ergänzen. Ein Ausschuß des ganzen Hauses ist jedenfalls geeigneter, als durch das Loos zusammengewürfelte und von einander getrennte Abtheilungen, die Fachkommissionen zu bilden. Ein solcher Ausschuß, vom ganzen Hause gewählt, wird mehr auf Tüchtigkeit sehen und sich weniger durch die kleinliche Parteitaktik leiten lassen, welche jetzt die Abtheilungen beherrscht. Der folgende Vorschlag ist bedenklicher. Danach sollen Petitionen nur auf Antrag der Kommission oder von 15 Mitgliedern des Hauses zur Berathung kommen können. Indessen ist auch diesem Vorschlage das Wort zu reden, in der Hoffnung, daß das nächste Haus auch von Rechtsverletzungen Notiz nehmen wird, selbst wenn sie ihm nicht schwarz auf weiß in Form von Petitionen vorgetragen werden. Der Richter sagt: „Was nicht in den Akten steht, ist für mich nicht in der Welt", und der „preußische Landbote sagt: „Was ich nicht weiß, oder nicht zu wissen brauche, macht mich nicht heiß". Rührend war es z. B. anzuhören, als sich Herr v. Vincke im vorigen Jahre beim Lehrer Stein in Breslau bedankte, daß er ihn durch eine Petition auf das Vorhandensein einer italienischen Frage aufmerksam gemacht hatte. Einen der Knebel, welche 1849 die Herren v. Viebahn und v. Vincke der Minorität anlegten, will der Präsident jetzt beseitigen. Auf Antrag von 50 Mitgliedern des Hauses kann sich an eine Interpellation eine Debatte reihen. Es ist wohl ohne Beispiel in der Geschichte, daß eine parlamentarische Versammlung zwölf Jahre lang solchen selbst angelegten Knebel mit sich herumgetragen und sich dabei wohl befunden hat. Bis jetzt waren alle Interpellationen nichts als Schmerzensschreie der Interpellanten, welche der Interpellirte gewöhnlich durch Fortleugnung des Uebels zu bannen versuchte. Damit war die Sache abgemacht. Endlich ist die Aussicht, künftig ohne Adreßkommissionen die von den Antragstellern entworfene Adresse im Hause sofort berathen zu sehen, sehr erfreulich. Eine solche Maaßregel hat das Gute, daß in Zukunft nicht mehr 220 unschuldige Mitglieder auf die Folter unbefriedigter Neugier gespannt werden. (N. Z.)

Lokales und Provinzielles.

Posen, 10. April. [Widerruf.] Mit Bezug auf die neuliche Ankündigung eines Trauergottesdienstes für die im Jahre 1848 in Trzemeszno gefallenen Polen bringt Nr. 82 des „Dz. pozn." folgende Anzeige: „Wegen eines rituellen Hindernisses kann der Trauergottesdienst für unsere im Jahre 1848 gefallenen Brüder bei uns am 10. d. M. nicht abgehalten werden; es wird daher später ein anderer Tag für diese Trauerfeier bestimmt werden. Die Aeltesten der Schuhmacherinnung in Trzemeszno."

— [Kath. Pfarrstelle.] Die kommendarische Verwaltung der kath. Pfarrstelle zu Kalau (Kr. Meseritz) ist dem zweiten Präbendar Ronke an der hiesigen Succursalkirche ad St. Antonium übertragen worden.

— [Erledigte Schulstellen.] Die evang. Schullehrerstelle zu Rojewo (Kr. Krotoschin) zum 1. Juli d. J.; die kath. Schullehrerstelle zu Kurnatowice (Kr. Birnbaum) zum 1. April d. J.; die kath. Schullehrerstelle zu Siekierki (Kr. Schroda) zum 15. Mai d. J.; die evang. Schullehrerstelle zu Gutehoffnung (Kr. Pleschen) zum 1. Juli d. J.; die kath. Schullehrerstelle zu Pruslin (Kr. Adelnau) zum 1. April d. J.; die evang. Schullehrerstelle zu Bärsdorf (Kr. Kröben) sofort zu besetzen. Der betr. Schulvorstand hat bei sämmtlichen Stellen das Präsentationsrecht.

< Lissa, 8. April. [Schulprüfungen.] Mit den üblichen Schulprüfungen wurde auch diesmal das Unterrichtsjahr in allen öffentlichen hiesigen Lehranstalten geschlossen. Diese Prüfungen fanden bereits am 21. v. M. in der fünfklassigen jüdischen und in der vierklassigen katholischen Schule statt, denen am 23. die Prüfung in der neunklassigen evangelischen Stadtschule folgte. Die städtischen Kommunal- und Schulbehörden betheiligten sich an jenem Schulakte durch Deputationen. Der Magistrat überwies auch diesmal eine bestimmte Anzahl von Prämien zur Vertheilung in den einzelnen Schulanstalten. Am Gymnasium erfolgte die öffentliche Prüfung am 26. v. M. Nachmittags, worauf am folgenden Vormittag der Schluß des Schuljahres mit der Entlassung der Abiturienten und Vertheilung der Prämien und Zensuren folgte. Der sonst mit der Abiturientenentlassung verbundene Redeaktus fiel wegen der wenige Tage zuvor stattgehabten Geburtstagsfeier Sr. Majestät aus. Zur Theilnahme an dem Prüfungsakte ward vom Direktor durch ein Programm eingeladen, das außer den gewöhnlichen Schulnachrichten eine Abhandlung des Professors Tschepke: „Albrecht von Wallenstein, Herzog von Friedland", enthält. Dem statistischen Theile dieser Schulnachrichten entnehmen wir, daß die Anstalt im Sommersemester von 300, im Wintersemester von 284 Schülern besucht ward. Zu Michaelis 1860 wurden 4, zu Ostern d. J. 9 Schüler mit dem Zeugniß der Reife entlassen. Von diesen widmen sich 5 dem Studium der evangelischen, 2 dem der katholischen Theologie, 3 der Philologie, 2 der Medizin und 1 dem Baufache. Die Gymnasial- und Schülerbibliothek erhielten auch im abgelaufenen Schuljahre eine entsprechende Vermehrung, während die der Anstalt zugewendeten Stipendien und außerordentlichen Unterstützungen vorschriftsmäßige Verwendung fanden. Außer dem Direktor wirken an der Anstalt 8 ordentliche, 1 Hülfs- und 1 Zeichenlehrer. Der konfessionelle Religionsunterricht wird den Schülern von betreffenden Geistlichen ertheilt.

Neustadt b. P., 9. April. [Konzert.] Am Sonntage fand ein vom hiesigen Singverein „Konkordia" veranstaltetes Instrumental- und Vokalkonzert statt, dessen Ertrag (beiläufig 90 Thlr.) zur Orgelreparatur in der kath. Kreuzkirche bestimmt ist. Der Saal war schön dekorirt und erleuchtet. Am Konzerte betheiligten sich auch auswärtige tüchtige Kräfte und dasselbe erfreute sich ungetheilten Beifalls. Auch in polnischer Sprache wurde gesungen, um den Zuhörern polnischer Nationalität entgegenzukommen. Nicht nur der geräumige Saal, sondern auch die angrenzenden Zimmer waren fast überfüllt, zumal sich namentlich viele Gutsbesitzer und auch aus den benachbarten

(Fortsetzung in der Beilage.)

Städten Zuhörer eingefunden hatten. Nach beendetem Konzert dankte Probst Hebanowski in polnischer und dann in deutscher Sprache sämmtlichen Mitwirkenden und Anwesenden überhaupt für ihre Theilnahme. Ein allgemeines Tanzvergnügen, das bis früh 4 Uhr dauerte, beschloß den vergnügt und in größter Eintracht der Konfessionen und Nationalitäten verlebten Abend.

Personal-Chronik.

Posen, 10. April. Bei der königl. General-Kommission in Posen sind im Personal ihrer Beamten folgende Veränderungen im Laufe des I. Quartals d. J. eingetreten: Der Oekonomie-Kommissarius v. Lubomęski ist kommissarisch als technisches Mitglied ins Kollegium berufen, der Vermessungs-Revisor Sievert in Gnesen mit dem Charakter als Rechnungsrath und der gesetzlichen Pension vom 1. Januar d. J. ab in den Ruhestand versetzt, der General-Kommissions-Sekretär Groß ist gestorben, der bisherige Büreauassistent Becker ist zum Sekretär und der bisherige Diätarius Benedict zum Büreauassistenten, der Zivilsupernumerarius Drabitius zum Büreau-Diätarius befördert und der bisherige Spezial-Kommissions-Aktuarius Bernhardt als Zivilsupernumerarius angenommen.

Bromberg, 9. April. [Personalveränderungen] bei den Justizbehörden im Departement des königlichen Appellationsgerichts zu Bromberg. Ernennungen: Zu Kreisrichtern: der Gerichts-Assessor Fellman hier bei dem königl. Kreisgericht in Gnesen, der Gerichts-Assessor Kosznik in Margonin bei dem königl. Kreisgericht in Schönlanke, der Gerichts-Assessor v. Żółtowski bei dem königl. Kreisgericht in Inowracław, der Gerichts-Assessor Güthe in Nakel bei dem königl. Kreisgericht zu Lobsens mit der Bestimmung als Gerichtskommissarius in Nakel zu fungiren. Zu Rechtsanwalten unter Verleihung des Notariats im Departement des königl. Appellationsgerichts: der Kreisrichter Janisch bei dem königl. Kreisgericht zu Inowracław, der Kreisrichter Ellerbeck bei dem königl. Kreisgericht zu Gnesen, der Kreisrichter Wollheim bei dem königl. Kreisgericht zu Schönlanke, der Kreisrichter Gallon bei dem königl. Kreisgericht zu Wongrowitz, der Kreisrichter Ziman bei dem königl. Kreisgericht zu Schneidemühl, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Margonin, der Kreisrichter Gießing in Wollstein bei dem königl. Kreisgericht in Lobsens, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Nakel, der Kreisrichter Hänschke in Schneidemühl bei dem königl. Kreisgericht in Bromberg, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Poln. Krone, der Obergerichts-Assessor Wolff in Krotoschin bei dem königl. Kreisgericht in Schubin. Dem Gerichts-Assessor Sauer hier ist die Verwaltung einer Richterstelle bei dem königl. Kreisgericht in Bromberg, und dem Gerichts-Assessor Schmauch die Verwaltung einer Richterstelle bei dem königl. Kreisgericht in Schneidemühl übertragen worden. Gestorben sind: die Kreisgerichts-Büreau-Assistenten Meyer in Wongrowitz, Szudrowicz in Trzemeszno und der Appellations-Gerichtsbote Ziegler hier.

Angekommene Fremde.

Am 10. April 1861.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Dr. jur. Karsten aus Gotha, Dr. phil. Bernhard aus Meiningen, die Gutsb. Heppner aus Jankowo und v. Lubieński aus Wucnow, die Kaufleute Stürmer aus Berlin, Veitinger aus Stuttgart, Liebrecht aus Görlitz, Voigtländer aus Halberstadt, Hartwig aus Düsseldorf, Reichert aus Fürth und Buchholz aus Memel.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Oehne aus Magdeburg und Schwarz aus Berlin, Gerichts-Assessor Köhler aus Bromberg, die Rittergutsb. Walz aus Góra und v. Dobrzycki aus Baborowo.

HOTEL DU NORD. Gutspächter Niklaß aus Kleszczewo, Frau Rittergutsb. v. Bieczyńska aus Breslau und Rittergutsb. v. Moszczeński aus Jeziorki.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Major a. D. Kayser und Hauptmann a. D. und Gutsbesitzer Busse aus Hammer, Buchdruckereibesitzer Monasch aus Krotoschin, die Kaufleute Frank aus Stettin, Maerker und Kohse aus Berlin.

SCHWARZER ADLER. Die Gutsb. Frauen v. Moszczeńska aus Tarnowo und v. Sulerzycka aus Chomiąże, Gutsb. v. Suchorzewski aus Puszczykowo, Oberamtmann Dembiński aus Marzenin und Frau Wulkowska aus Glinno.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Frau Rentier Goehle und Stud. phil. Goehle aus Görlitz, Volontär Goehle aus Braunsdorf, die Gutsb. Bayer aus Golenczewo, v. Radoński aus Mechlin und v. Potworowski aus Karmin.

HOTEL DE BERLIN. Rentier Meißner und Fräul. Meißner aus Kiekrz, Hauptamts-Kontroleur Kostka aus Meseritz und Oberförster Berger aus Wirczyn.

HOTEL DE PARIS. Gutspächter Jasiński aus Ostrowite, Gutsbesitzer Sypniewski aus Pietrowo, Frau Gutsb. v. Giebarowski aus Zgierzinka, Gutspächter Brownsfort aus Lubowiczki, Oekonomie-Beamter Schmidt und Oberinspektor Büttner aus Mikuszewo.

BAZAR. Die Gutsb. Graf Skórzewski aus Czerniejewo, v. Swiniarski aus Chalin, v. Radoński aus Ninino und v. Jaraczewski aus Jaraczewo.

BUDWIG'S HOTEL. Dr. philos. Blücher aus Kosten, Kaufmann Sommerfeld aus Uszcz, Oberinspektor Stegemann aus Groß-Rybno und Viehhändler Klakow aus Guschterhauland.

EICHENER BORN. Lehrer Kuttner aus Mur. Goslin.

DREI LILIEN. Kaufmann Kunkel aus Wongrowitz.

PRIVAT-LOGIS. Oberlehrer Dr. Sikorski aus Trzemeszno, Schützenstraße Nr. 24; Handelsmann Dockendorff aus Bochena und Wirthschafterin Below aus Kostoczyn, Magazinstraße Nr. 15.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Posener Marktbericht vom 10. April.

	von Rt.	von Sgr.	von Pf.	bis Rt.	bis Sgr.	bis Pf.
Fein. Weizen, Schfl. z. 16 Mtz.	3	—	—	3	2	6
Mittel-Weizen	2	22	6	2	25	—
Bruch-Weizen	2	17	6	2	20	—
Roggen, schwerer Sorte	1	22	6	1	24	—
Roggen, leichtere Sorte	1	17	6	1	20	—
Große Gerste	—	—	—	—	—	—
Kleine Gerste	—	—	—	—	—	—
Hafer	—	24	—	—	28	—
Kocherbsen	1	20	—	1	22	6
Futtererbsen	1	15	—	1	16	3
Winterrübsen, Schfl. z. 16 Mtz	—	—	—	—	—	—
Winterraps	—	—	—	—	—	—
Sommerrübsen	—	—	—	—	—	—
Sommerraps	—	—	—	—	—	—
Buchweizen	1	2	C	1	5	—
Kartoffeln	—	15	—	—	17	—
Butter, 1 Faß (4 Berl. Qrt.)	2	15	—	2	25	—
Roth. Klee, Ct. 100 Pfd. Z. G.	12	—	—	15	—	—
Weißer Klee dito	13	—	—	18	—	—
Heu, per 100 Pfd. Z. G.	—	—	—	—	—	—
Stroh, per 100 Pfd. Z. G.	—	—	—	—	—	—
Rüböl, d. Ct. z. 100 Pfd. Z. G.	—	—	—	—	—	—
Spiritus am 9. April per 100 Qrt. à 80 % Tr.	18	25	—	19	2	6
Spiritus am 10. " per 100 Qrt. à 80 % Tr.	18	27	6	19	5	—

Die Markt-Kommission.

Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

Geschäfts-Versammlung vom 10. April 1861.

Roggen wenig verändert, pr. April-Mai 41⅝—¾ bz., Mai-Juni 42 bz., Juni-Juli 43—42½ bz., 5/12 Br., ⅓ Gd.

In der gestrigen Notiz für Roggen pr. Juni-Juli muß es statt 41⅝ heißen 42⅝ bz.

Spiritus schwankend mit mattem Schlusse, gekündigt 60,000 Quart, mit Faß pr. April 19⅝ bz., Mai 19 5/12—⅜ bz., Juni 19⅔—⅝ bz., Juni-Juli-August 19 11/12 bz.

Fonds.	Br.	Gd.	bez.
Preuß. 3½% Staats-Schuldsch.	—	—	86⅝
" 4 " Staats-Anleihe	—	—	—
" 4½ " "	—	101¼	—
Neueste 5% Preußische Anleihe	—	105¼	—
Preuß. 3½% Prämien-Anl. 1855	—	118	—
Posener 4% Pfandbriefe	—	101¼	—
" 3½ " "	94¾	—	—
" 4 " neue "	89½	—	—
Schles. 3½% Pfandbriefe	—	—	—
Westpr. 4 " "	94	—	—
Poln. 4 " "	86	—	—
Posener Rentenbriefe	—	91⅞	—
" 4% Stadt-Oblig. II. Em.	—	90¾	—
" 5 " Prov. Obligat.	—	98	—
" Provinzial-Bankaktien	—	81	—
Stargard-Posen. Eisenb. St.Akt.	—	—	—
Oberschl. Eisenb. St.Aktien Lit. A.	—	—	—
" Prioritäts-Oblig. Lit. E.	—	—	—
Polnische Banknoten	—	86¾	—
Ausländische Banknoten große Ap.	—	—	—

Wasserstand der Warthe:

Posen am 9. April Vorm. 8 Uhr 4 Fuß 2 Zoll.
" 10. April " " 4 " 3 "

Produkten-Börse.

Berlin, 9. April. Wind: ONO. Barometer: 28⁶. Thermometer: früh 1° —. Witterung: rauhe bedeckte Luft.

Weizen loko 70 a 84 Rt.

Roggen loko 44½ a 45½ Rt., p. April 44 a 44⅛ a 44¼ a 44¾ a 44⅝ Rt. bz., Br. u. Gd., p. Frühj. 44 a 44½ a 44¼ a 44¾ a 44⅝ Rt. bz., Br. u. G., p. Mai-Juni 44⅛ a 45 Rt. bz., Br. u. Gd., p. Juni-Juli 45⅛ a 45½ Rt. bz. u. Br., 45⅜ Gd., p. Juli-Aug. 45½ a 45⅝ Rt. bz. u. Br., 45½ Gd.

Große Gerste 38 a 45 Rt.

Hafer loko 23 a 27 Rt., p. April 24 a 24½ Rt. bz. u. Gd., 24¼ Br., p. April-Mai 24 a 24½ Rt. bz. u. Gd., 24¼ Br., p. Mai-Juni 24¾ a 25 Rt. bz., p. Juni-Juli 25 a 25¼ Rt. bz., p. Juli-Aug. 26 Rt. Br.

Rüböl loko 10 7/12 Rt. Br., p. April 10½ a 10 7/12 a 10½ Rt. bz., Br. u. Gd., p. April-Mai 10⅝ a 10 7/12 a 10½ Rt. bz., Br. u. Gd., p. Mai-Juni 10 7/12 a 10⅔ a 10⅝ Rt. bz. u. Br., 10 7/12 Gd., p. Sept.-Okt. 11 5/12 a 11 7/24 a 11⅓ Rt. bz. u. Br., 11¼ Gd.

Spiritus loko ohne Faß 19⅞ a 19¾ Rt. bz., mit Faß p. April 19 11/12 a 20 a 19 11/12 Rt. bz. u. Gd., 20 Br., p. April-Mai 19 11/12 a 20 a 19 11/12 Rt. bz. u. Gd., 20 Br., p. Mai-Juni 20 1/12 a 20⅛ a 20 1/12 Rt. bz., Br. u. Gd., p. Juni-Juli 20 5/12 a 20⅓ Rt. bz., Br. u. Gd., p. Juli-Aug. 20⅞ a 20⅝ Rt. bz. u. G., 20¾ Br., p. Aug.-Sept. 20¾ a 20⅞ a 20⅝ Rt. bz., Br. u. Gd., p. Sept.-Okt. 19 11/12 a 19⅞ Rt. bz.

Weizenmehl 0. 5¼ a 5½, 0. u. 1. 4⅝ a 5⅛ Rt. Roggenmehl 0. 3 5/12 a 3⅔, 0. u. 1. 3 a 3⅓ Rt. (B. u. H. Z.)

Stettin, 9. April. Wetter: Nachts leichter Frost, Mittags leicht bewölkt. Wind: O. Temperatur + 5° R.

Weizen loko p. 85pfd. gelber 85pfd. 90 Rt. bz., 84pfd. 87 Rt. bz., 83pfd. 83—84 Rt. bz., 1 Ladung 81½pfd. vorpomm. 78 Rt. bz., 85pfd. gelber p. Frühj. 91¾—91½ Rt. bz. u. Gd., 92 Br., 83/85pfd. 85 Rt. bz. u. Br., p. Mai-Juni do. 83½—¼ Rt. bz., p. Juni-Juli 83½ Rt. Br., 83 G.

Roggen loko p. 77pfd. 40—43 Rt. nach Qual. bz., 77pfd. p. Frühj. 41¾ Rt. bz., p. Mai-Juni 42¾, ⅝, ½ Rt. bz., p. Juni-Juli 43¾, ¼ Rt. bz., p. Juli-August 44½ Rt. Br., p. Sept.-Okt. 44 Rt. bz.

Gerste p. Frühj. 69/70pfd. vorpomm. 40 Rt. Br., 39½ Gd., 68/70pfd. 39 Rt. Gd.

Hafer und Erbsen unverändert.

Rüböl loko 10½ Rt. Br., p. April-Mai 10½ Rt. bz. u. Br., p. Sept.-Oktbr. 11 5/12—⅓ Rt. bz. u. Gd.

Spiritus loko ohne Faß 19 7/12, ½ Rt. bz., p. Frühj. 19 7/12 Rt. Br., ½ Gd., p. Mai-Juni 19⅔ Rt. Br., 19⅞ Gd., p. Juni-Juli 20 1/12 Rt. Gd., 20⅛ Br., p. Juli-Aug. 20¼ Rt. Br., 20 1/12 Gd., p. August-Sept. 20½ Rt. Gd., p. Sept.-Oktbr. 19¼ Rt. Br., 19 Gd. (Ostf. Ztg.)

Breslau, 9. April. Wetter: Trübe rauhe Luft, früh + 2°.

Weißer Weizen 80—85—90—92 Sgr., gelber 75—80—85—89 Sgr.

Roggen, 55—59—62 Sgr.

Gerste, gelbe 45—50 Sgr., weiße 52—55 Sgr.

Hafer, 29—30—33 Sgr.

Erbsen, 52—58—63 Sgr.

Rother ord. Kleesamen 10½—11½ Rt., mittler 12—13 Rt., feiner 13½—14½ Rt., hochfeiner bis 15 Rt., weißer ord. 7—9 Rt., mittler 10—12 Rt., mittelfeiner u. feiner 13—15 Rt.

Thymothe 9—10—11 Rt.

Kartoffel-Spiritus (pro 100 Quart zu 80 % Tralles) 19½ Rt. Gd.

An der Börse. Roggen p. April und April-Mai 45¾—⅛—½ bz. u. Gd., Mai-Juni 46, 45⅞—45⅞ bz. u. Gd., Juni-Juli 46¾ Br., 46½ Gd.

Rüböl loko 10½ Br., p. April und April-Mai 10½ Br., 10¼ Gd., Mai-Juni 10½ Br., 10¼ G., Sept.-Okt. 11 Rt. bz., Gd. u. Br.

Spiritus loko 19 5/12—⅓ bz., p. April u. April-Mai 19⅓ bz., Mai-Juni 19½ bz., Juni-Juli 20 bz. (Br. Hdlsbl.)

Telegraphischer Börsenbericht.

Hamburg, 9. April. Weizen loko zu etwas erniedrigten Preisen einiges Geschäft, ab Auswärts gedrückt. Roggen loko flau, ab Ostsee ohne alle Beachtung. Oel Mai 23⅜, Oktober 24⅝. Kaffee ruhig.

Liverpool, 9. April. Baumwolle: 15,000 Ballen Umsatz. Preise steigend.

Hopfen.

München, 6. April. Hopfen preishaltend. Neue Holledauer Waare 220—230 Fl., do. Spalter Stadtaut 240—260 Fl., do. Spalter Umgegend 240—260 Fl., do. fränkische Landwaare 180—200 Fl. pr. 112 Zollpfd.

Alost, 16. April. Hopfen 180—140 Fr. pro 100 Kil.

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, 9. April 1861.

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf	3½	75 B
Aachen-Mastricht	4	19½-⅜ bz
Amsterd. Rotterd.	4	76¾ bz u G
Berg. Märk. Lt. A.	4	87 bz
do. Lt. B.	4	— —
Berlin-Anhalt	4	112½ bz
Berlin-Hamburg	4	111 bz
Berl. Potsd. Magd.	4	136½ B, abgest.
Berlin-Stettin	4	109 bz [32½ bz
Bresl. Schw. Freib.	4	93 bz
Brieg-Neiße	4	49 B
Cöln-Crefeld	4	— —
Cöln-Minden	3½	134½ bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	33 B
do. Stamm-Pr.	4½	73 B
do. do.	4	80 B
Löbau-Zittauer	5	— —
Ludwigshaf. Bexb.	4	126½ B
Magdeb. Halberst.	4	217½ bz
Magdeb. Wittenb.	4	36¾-36½ bz
Mainz-Ludwigsh.	4	98 bz u B
Mecklenburger	4	45¾-½ bz
Münster-Hammer	4	93¾ B
Neustadt-Weißenb.	4½	— —
Niederschles. Märk.	4	95 B
Niederschl. Zweigb.	4	— —
do. Stamm-Pr.	4	— —
Nordb., Fr. Wilh.	5	42¾-½ bz
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	119-18¼ bz
do. Litt. B.	3½	— —
Oest. Franz. Staat.	5	120-118¾ bz
Oppeln-Tarnowitz	4	32¾ bz
Pr. Wlh. (Steel-V)	4	50½ bz
Rheinische,	4	77¾ bz
do. Stamm-Pr.	4	— —
Rhein-Nahebahn	4	23½ bz
Ruhrort-Crefeld	3½	77 bz
Stargard-Posen	3½	83 B
Thüringer	4	103½ bz

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	116 B
Berl. Handels-Ges.	4	82 G
Braunschw. Bk. A.	4	64¾ B
Bremer do.	4	98⅜ G
Coburg. Kredit-do.	4	40½ bz
Danzig. Priv. Bk.	4	88 B
Darmstädter abgst.	4	70½ bz
do. Ber. Scheine	4	— —
do. Zettel-B. A.	4	93 bz u G
Dessauer Kredit-do.	4	12⅞-⅝ bz u G
Dessauer Landesbk.	4	18½ B
Disk. Comm. Anth.	4	80 bz u G
Genfer Kred. Bk. A.	4	22¼ B
Geraer do.	4	67 G
Gothaer Priv. do.	4	70 B
Hannoversche do.	4	91¼ Kl bz
Königsb. Priv. do.	4	84 G
Leipzig. Kredit-do.	4	59 etw G
Luxemburger do.	4	77½ G
Magdeb. Priv. do.	4	78 B
Meining. Kred. do.	4	67 bz
Moldau. Land. do.	4	— —
Norddeutsche do.	4	85 bz
Oestr. Kredit- do.	5	50¾-½ bz u G
Pomm. Ritt. do.	4	72 G
Posener Prov. Bank	4	81½ B
Preuß. Bank-Anth.	4½	121½-121 bz
Rostocker Bank-Akt.	4	104 etw G
Schles. Bank Verein	4	77⅜ bz
Thüring. Bank-Akt.	4	52½ B
Vereinsbank, Hamb.	4	100 B
Waaren-Kred. Anth.	5	— —
Weimar. Bank-Akt.	4	73 B

Industrie-Aktien.

Dessau. Kont. Gas-A	5	94¾ bz u B
Berl. Eisenb. Fabr. A.	5	60 B
Hörder Hüttenv. Ak.	5	67 B
Minerva, Bergw. A.	5	16 bz u G
Neustädt. Hüttenv. A	5	3½ B p. St.
Concordia	4	103½ G [fco. Zins.
Magdeb. Feuerverf. A	4	415 G

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	83½ bz
do. II. Em.	4	82 B
do. III. Em.	4½	87 B
Aachen-Mastricht	4½	63 bz
do. II. Em.	5	60¾ B
Bergisch-Märkische	5	103 bz
do. II. Ser.	5	102½ bz IV 100¾ bz
do. III. S. 3½ (R. S.)	3½	77 B
do. Düsseld. Elberf.	4	— —
do. II. Em.	5	— —
do. III. S. (D. Soest)	4	84½ B
do. II. Ser.	4½	91 G
Berlin-Anhalt	4	97⅜ bz
do.	4½	100⅜ B
Berlin-Hamburg	4½	103 B
do. II. Em.	4½	— —
Berl. Pots. Mg. A.	4	94½ bz B. 94¾ G
do. Litt. C.	4½	100⅛ bz
do. Litt. D.	4½	100⅛ B
Berlin-Stettin	4½	— —
do. II. Em.	4	88½ bz
do. III. Em.	4	88¼ bz
Bresl. Schw. Freib.	4½	95¼ B
Brieg-Neißer	4½	— —
Cöln-Crefeld	4½	— —
Cöln-Minden	4½	101 bz
do. II. Em.	5	103 bz
Cöln-Minden	4	— —
do. III. Em.	4	85¾ G
do.	4½	94 bz
do. IV. Em.	4	84½ B
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	— —
do. III. Em.	4½	86 B
Magdeb. Wittenb.	4½	94 B
Niederschles. Märk.	4	94¼ bz
do. conv.	4	94 B
do. conv. III. Ser.	4	91 G
do. IV. Ser.	5	— —
Nordb., Fried. Wilh	4½	100½ G
Oberschles. Litt. A.	4	94 bz
do. Litt. B.	3½	80 G, C 89¼ B
do. Litt. D.	4	88½ B
do. Litt. E.	3½	76½ B
do. Litt. F.	4½	94⅞ bz
Oestreich. Französ.	3	248 bz
Prinz-Wilh. I. Ser.	5	— —, II. — —
do. III. Ser.	5	98¾ bz
Rheinische Pr. Obl.	4	— —
do. v. Staatgarant.	3½	81¾ bz
Rheinische Pr. Obl.	4½	89¼ bz
Rh. Nhe-Pr. v. St. g	4½	94¾ B
Ruhrort-Crefeld	4½	— —
do. II. Ser.	4	81 G
do. III. Ser.	4½	88 B
Stargard-Posen	4	— —
do. II. Em.	4½	94½ bz
do. III. Em.	4½	94½ B
Thüringer	4½	101⅞ G II. 104¾ [G
do. III. Ser.	4½	— —
do. IV. Ser.	4½	100 G

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	101½ G
Staats Anl. 1859	5	105¼ bz
do.	4½	101½ bz
do. 1856	4½	101½ bz
do. 1853	4	97 B
N. Präm StA 1855	3½	118¼ bz
Staats-Schuldsch.	3½	86⅝ bz
Kur- u Neum. Schldv	3½	— —
Berl. Stadt-Oblig.	4½	102¼ B
do. do.	3½	83⅞ B
Berl. Börsenh. Obl.	5	103⅛ bz
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	91 bz
do.	4	100¾ bz
Ostpreußische	3½	84 B
do.	4	94½ bz
Pommersche	3½	87½ bz
do. neue	4½	97⅞ bz
Posensche	4	101 G
do.	3½	94¾ B
do. neue	4	88⅞ bz
Schlesische	3½	89 B
V. Staat gar. B.	3½	— —
Westpreußische	3½	82¾ B
do.	4	94¼ B
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	97¾ B
Pommersche	4	97½ bz
Posensche	4	91¾ G
Preußische	4	96 B
Rhein- u. Westf.	4	95¾ G
Sächsische	4	97½ B
Schlesische	4	96 B

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	41½ G	
do. National-Anl.	5	49½-48¾ bz	
do. 250 fl. Präm. O.	4	54½ B	
do. neue 100 fl. Loose	—	50⅜ bz	
Russische: 5. Stieglitz-Anl.	5	87¼ B	
6. do.	5	98½ B	
Englische Anl.	5	101½ B	[89¾ B
N. Russ. Egl. Anl.	3	59¾ bz	4½%
Poln. Schatz-O.	4	78½ u 78 etw bz	
Polnische: Cert. A. 300 Fl.	5	92½ bz	[u B
do. B. 200 Fl.	—	23 G	
Pfdbr. u. in SR.	4	85½ B	
Part. O. 500 Fl.	4	90 bz	
Oestr. 5proz. Loose	5	52 bz	
Hamb. Pr. 100 BM	—	92½ G	
Kurh. 40 Thlr. Loose	—	47½ bz	
Neue Bad. 35 Fl. do.	—	30 B	
Dessau. Präm. Anl.	3½	95½ etw bz u B	

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	113½ bz
Gold-Kronen	—	9. 5 bz
Louisd'or	—	109⅜ bz
Sovereigns	—	6. 21 G
Napoleonsd'or	—	5. 9 bz
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	Imp. 456½ G
Dollars	—	1. 11¾ G
Silb. pr. Z. Pfd. f.	—	29. 21 G
K. Sächs. Kass. A.	—	99⅞ G
Fremde Banknot.	—	99¼ G
do. (einl. in Leipzig)	—	99⅞ G
Fremde kleine	—	99¼ G
Oestr. Banknoten	—	65⅜ bz
Poln. Bankbillet	—	86⅜ bz u G

Wechsel-Kurse vom 9. April.

Amsterd. 250 fl. kurz	3	141½ G
do. 2 M.	3	140¾ bz
Hamb. 300 Mk. kurz	2½	150⅛ bz
do. do. 2 M.	2½	149⅛ bz
London 1 Lstr. 3 M.	4	6. 19 bz
Paris 300 Fr. 2 M.	3	79½ bz
Wien öst. W. 8 T.	—	65½ bz
do. do. 2 M.	6	64¾ bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	3	56. 20 bz
Frank. 100 fl. 2 M.	3	56. 20 bz
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	4	99⅜ bz
do. do. 2 M.	4	99 5/12 bz
Petersb. 100 R. 3 W.	4	94¾ bz
Bremen 100 Tlr. 8 T.	3½	109¼ bz
Warschau 90 R. 8 T.	—	86⅜ bz
Bank-Disk. f. Wchs.	4	

Die Haltung der heutigen Börse war flau.

Breslau, 9. April. Bei fortdauernder Flauigkeit erfuhren die Kurse durchgehends weitere Ermäßigungen.

Schlußkurse. Oestreichische Kredit-Bank-Aktien 50⅞—¾ bz. Schlesischer Bankverein 78 Br. Breslau-Schweidnitz-Freiburger Aktien 93 5/12 Br. dito Prior. Oblig. 87 11/12 Br. dito Prior. Oblig. —. Köln-Mindener Prior. —. Neisse-Brieger —. Oberschlesische Lit. A. und C. 119 5/12 Br. dito Lit. B. —. dito Prior. Oblig. 88¾ Br. dito Prior. Oblig. Lit. F. 95 1/12 Br. dito Prior. Oblig. Lit. E. 76¾ Br. Oppeln-Tarnowitzer 32¾ Br. Rheinische —. Kosel-Oderberger 33¾ Br. dito Prior. Oblig. —. dito Prior. Oblig. —. dito Stamm-Prior.-Obl. —.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., Dienstag, 9. April, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Börse in matter Stimmung für östreich. Effekten; Geschäft geringfügig.

Schlußkurse. Staats-Prämien-Anleihe 118½. Preuß. Kassenscheine 105½. Ludwigshafen-Bexbach 128. Berliner Wechsel 105½. Hamburger Wechsel 88. Londoner Wechsel 118½. Pariser Wechsel 93⅜. Wiener Wechsel 77. Darmstädter Bankaktien 178½. Darmstädter Zettelbank 234½. Meininger Kreditaktien 66½. Luxemburger Kreditbank 82. 3% Spanier 47⅛. 1% Spanier 41½. Span. Kreditbank Pereira 462. Span. Kreditbank v. Rothschild 510. Kurhess. Loose 47½. Badische Loose 52⅞. 5% Metalliques 40¾. 4½% Metalliques 34½. 1854er Loose 55½. Oestr. National-Anlehen 48. Oestr. Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 214. Oestr. Bankantheile 540. Oestr. Kreditaktien 119½. Neueste östreichische Anleihe 53½. Oestr. Elisabethbahn 117. Rhein-Nahebahn 23. Hessische Ludwigsbahn 99½.

Hamburg, Dienstag, 9. April, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Flaue Stimmung bei beschränktem Geschäft.

Schlußkurse. Oestr. Franz. Staatsbahn —. National-Anleihe 48½. Oestr. Kreditaktien 50½. 3% Spanier 44. 1% Spanier 39. Stieglitz de 1855 —. 5% Russen —. Vereinsbank 100. Norddeutsche Bank 87. Magdeburg-Wittenberg —. Nordbahn —. Diskonto 2¼, 2½. London lang 13 Mk. 2¾ Sh. not., 13 Mk. 3¾ Sh bez. London kurz 13 Mk. 5½ Sh. not., 13 Mk. 6½ Sh. bez. Amsterdam 35, 95. Wien 116, 00.

Paris, Dienstag, 9. April, Nachmittags 3 Uhr. Die 3% eröffnete bei großer Geschäftsstille zu 67, 60, stieg auf 67, 62½ und wich sodann bis 67, 55, zu welchem Kurse dieselbe in träger Haltung schloß. Konsols von Mittags 12 Uhr waren 91⅜ eingetroffen.

Schlußkurse. 3% Rente 67, 55. 4½% Rente 95, 20. 3% Spanier 47. 1% Spanier 41½. Oestr. Staats-Eisenb. Akt. 457. Oestr. Kreditaktien —. Credit mobilier Akt. 643. Lomb. Eisenb. Akt. —.

London, Dienstag, 9. April, Nachmittags 3 Uhr. Börse flau. Wetter schön.

Konsols 91⅜. 1proz. Spanier 41½. Mexikaner 23⅜. Sardinier 81½. 5proz. Russen 101. 4½proz. Russen 91. Hamburg 3 Monat 13 Mk. 8¾ Sh. Wien 5 Fl. 60 Kr.

Der Dampfer „Prince Albert" ist aus Newyork eingetroffen.

Amsterdam, Dienstag, 9. April, Nachmittags 4 Uhr. Börse still.

5proz. östr. Nat. Anl. 46 3/16. 5% Metalliques Lit. B. 62¾. 5proz. Metalliques 38½. 2½proz. Metalliques 20 11/16. 1proz. Spanier —. 3proz. Spanier —. 5proz. Stieglitz de 1855 93¾. Londoner Wechsel, kurz 11, 90. Hamburger Wechsel 35⅜. Holländische Integrale 63⅜.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Schladebach in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.